

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Bestellgeld. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition Berlin S. 68, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate

pro vierpaltige Zeile 60 Pf., Stellungsgebühr 40 Pf., für Werbungsmitglieder 40 Pf., Verammlungsanzeigen zu 20 Pf., Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 36.

Berlin, den 31. August 1912.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Anstellung eines Verbandsbeamten für Stuttgart. Der Kollege Joh. Frey tritt am 1. September auf seinen Antrag und nach erfolgter Zustimmung der zuständigen Instanzen von seinem Amte als Lokalbeamter der Zahlstelle Stuttgart zurück, wodurch die Neubesezung des Postens nötig wird. Wir bringen diese Stellung hiermit zur Ausschreibung und bemerken, daß als Bewerber alle Verbandsmitglieder zugelassen sind, die dem Verbandsmitgliedern fünf Jahre angehören. Dieselben müssen der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, in allen Agitations- und Verwaltungsarbeiten bewandert und auch durch sonstige Befähigung für die Stellung geeignet sein. Der Antritt der Stellung mußte möglichst bald erfolgen.

Das Gehalt beträgt im ersten Jahre 2000 Mark und steigt in den ersten drei Jahren um je 100 Mk., dann um je 50 Mk., bis zum Höchstbetrage von 2700 Mk. Solchen Bewerbern, die sich zurzeit in ähnlichen Stellungen befinden und bereits ein höheres Gehalt beziehen, kann entsprechend höheres Anfangsgehalt gezahlt werden.

Bewerber wollen Bewerbungsschreiben nebst Angaben über ihren Lebenslauf und ihre bisherige Tätigkeit für den Verband bis zum 13. September an uns einreichen.

2. Für eine auf Veranlassung des Internationalen Sekretariats veranstaltete Erhebung über Frauennarbeit sind Fragebogen an alle Gau- und Ortsverwaltungen versandt worden. Sollten dieselben bis zum 2. September irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um entsprechende Nachricht, um Zusendung nachholen zu können.

3. Die Berichtskarten für das Kaiserl. Stat. Amt sind in diesen Tagen an die Bevollmächtigten der Gauen sowie an die Kassierer der Zahlstellen versandt worden. Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 31. August in Betracht. Die Ausfüllung der Berichtskarten darf daher nicht vor diesem Tage, sondern erst nach dem 31. August erfolgen, und sind dieselben dann sofort an uns einzusenden. Berichtskarten, die nicht spätestens am 8. September bei uns eintreffen, können für die Zusammenstellung nicht mehr verwendet werden.

4. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. -bücher sind den Inhabern abhändigen gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzusenden:

Nr.	25 623	ausgestellt für	Martin Grünert
"	61 209	"	Heinrich Kunkel
"	63 830	"	Klara Gebner
"	64 738	"	Paul Reimwald
"	69 053	"	Paul Baumert
"	73 081	"	Antonie Caesar
"	77 118	"	Wilhelm Wendler
"	88 714	"	Rätchen Hartmeyer
"	96 543	"	Walter Lohbrandt
"	96 798	"	Katharina Dax
"	98 126	"	Max Merz
"	100 930	"	Else Fiedler
"	101 774	"	Walter Zeller
"	104 378	"	Minna Körber
"	104 539	"	Erna Schneider
"	109 411	"	Wilhelmine Sighler
"	113 610	"	Elisabeth Giersch
"	116 274	"	Fritz Werner
"	116 469	"	Anna Krüger
"	118 460	"	Berta Seifert

5. Der unterm 8. April 1911 veröffentlichte Ausschluß des Kollegen Hermann Franke aus Eisenberg, Buchn. 2004, ist auf erfolgte Beschwerde durch den Verbandsausschuß aufgehoben worden. Der Verbandsvorstand.

Gewerkschaftliche Disziplin.

I.

Lr. Wenn wir in die Geschichte der Menschheit zurückblicken, so sehen wir, wie die unterdrückten und entrechteten Volksschichten seit Jahrzehnten um ihre Befreiung aus körperlichem und geistigem Elend ringen. Die große Masse des Volkes, die in den Niederungen des Daseins dahin lebte, erstrebte die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Gleichheit mit all den anderen Volksgenossen, sie forderte ihren Anteil an den Naturgütern und Kulturgütern, sie bestonte ihr Recht auf Menschenwürde und auf ein menschenwürdiges Dasein. Wenn auch nicht in voller Klarheit, so doch in verschwommenen Umrissen schwebte ihr eine Gesellschaft als Ziel vor, die auf dem Grundsatz der gleichen Rechte und der gleichen Pflichten beruhen sollte. Weil aber die Oberschichten niemals und nirgends den empordrängenden Unterschichten ein Entgegenkommen zeigten, vielmehr den Emanzipationsbestrebungen einen zähen, unerbittlichen Widerstand entgegensetzten, so entwickelte sich auf der ganzen Linie ein hartnäckiger, erbitterter Kampf zwischen den feindlichen Klassen. Diese Massenkämpfe, die bald offen, bald verdeckt, bald mit Gewalt, bald mit List geführt wurden, sind es, die der Menschheitsgeschichte ihren Stempel aufdrücken.

Die politische Geschichte, die uns von Kriegen und Kriegshelden, von Fürsten und Eroberern erzählt, verschweigt diese Massenbewegungen, auch die Kulturgeschichte hat kein Auge und kein Ohr für diese Vorgänge. Aber die Sozialgeschichte lenkt unsere Blicke auf diese einstmalig vernachlässigten Parteien aus der Vergangenheit der Menschheit. Und sie zeigt uns, daß die proletarischen Befreiungskämpfe früherer Zeiten ausnahmslos ohne Erfolg geblieben sind. Alle Kraft und Begeisterung ist nutzlos verpufft, alle Opfer an Blut und Leben sind vergebens gebracht worden, die große Masse des Volkes war und blieb im Elend stecken. Trotz aller Bemühungen ist es nicht ge-

lungen, die Massenarmut zu beseitigen und die proletarischen Ideale zu verwirklichen. Weber die Sklavenaufstände des Altertums, noch die sozialen Bewegungen, die sich im Christentum bemerkbar machten, weder die Bauernkriege des Mittelalters, noch die Kämpfe der Handwerksgehilfen in den mittelalterlichen Städten haben die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, diese Pestbeule am sozialen Körper, auszurotten vermocht. Diese Ausbeutung der Unterschichten durch die Ober- und Mittelschichten ist dieselbe geblieben im Zeitalter der antiken Sklaverei, wie unter der Herrschaft des mittelalterlichen Feudalismus und des modernen Kapitalismus. Die Form hat wohl gewechselt, aber der Kern hat sich nicht verändert.

Diese sozialgeschichtliche Tatsache, die einen Menschenfreund mit Trauer erfüllt, hat zwei Ursachen, von denen eine in den Verhältnissen und die andere in den Menschen zu suchen ist. Zunächst lag es an der Kargheit der Natur: die Natur gab ihre reichen Gaben nicht willig her und die Menschen hatten noch nicht gelernt, sie ihr abzugewinnen und die Naturkräfte in ihren Dienst zu zwingen; infolgedessen war die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit noch zu gering, als daß es möglich gewesen wäre, jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Der zweite Grund lag in der Rückständigkeit der Menschen: die Menschen waren un- aufgeklärt und abergläubisch, und hielten es für eine Anordnung der Gottheit, daß die Herren den besten und größten Teil für sich in Anspruch nahmen, während der „Pöbel“ sich mit den Abfällen von den Tischen der Reichen begnügen mußte; sie waren auch noch zu undiszipliniert, als daß sie einig und geschlossen in den Kampf gezogen wären.

Das alles ist nun anders geworden. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte, die in der menschlichen Arbeit schlummern, entfesselt und in ungeahnter Weise gesteigert, wobei Wissenschaft und Technik wahre Wunder gewirkt haben. Nicht minder auch ist die Volksbildung ganz bedeutend gestiegen, der Aberglaube im weitesten Sinne des Wortes wird immer mehr zurückgedrängt, die Masse fängt an sehend und wissend zu werden. Und endlich drittens gewinnt der Gedanke festen Boden, daß nur Einheit und Geschlossenheit, Organisation und Disziplin die Gewähr eines künftigen Sieges bietet. Gerade dieser Punkt ist von Wichtigkeit. Wir führen heute einen organisierten Massenkampf mit einem Heere disziplinierter Kämpfer. Was man früher nicht gekannt hat, was die Vorkämpfer des Proletariats in ihren kühnsten Träumen nicht geahnt haben, das ist heute zur Wirklichkeit geworden: tiefsichtige Organisationen mit Millionen von Mitgliedern und mit reichen Mitteln, besetzt von einem einheitlichen Willen und gerichtet auf ein gemeinsames Ziel. Das verzweifelte Ringen unaufgeklärter, ungeschulter Massen hat sich zu einem planvollen, zielbewußten Kampfe entwickelt, dem Freund und Feind mit Stammen und Bewunderung zuschauen. Diese Umwandlung, die uns Gegenwartsmenschen, die wir uns eine organisationslose Zeit kaum noch vorstellen können, als eine Selbstverständlichkeit erscheint, hat eine ganz überraschende Wirkung gehabt, sie hat die Wiedergeburt der Unterschichten herbeigeführt.

Der moderne Proletarier ist ein ganz anderer Mensch geworden, als sein Vorfahr vor hundert oder vor zweitausend Jahren. Er stellt bedeutend höhere

Ansprüche ans Leben und er ist in der Lage, seine Bedürfnisse reichhaltiger und besser befriedigen zu können, als dies jemals, so lange die Welt steht, der Fall gewesen ist. Auch sein geistiges Niveau hat sich gehoben und seine soziale Wertung ist gestiegen. Man blickt heute nicht mehr mit solch unfähiger Verachtung auf den Proletarier herab, ja man fühlt sich sogar bewogen, dem Mann im Arbeitsmittel — dem schlichten Mann aus der Werkstatt, wie sich der deutsche Kaiser ausdrückte — allerlei Schmeicheleien zu sagen. In öffentlich-rechtlicher Beziehung und im politischen Leben gilt der Arbeiter, wenn auch zunächst mehr theoretisch als praktisch, als gleichberechtigter Staatsbürger, und auch im Gebiet der Kunst und Wissenschaft hat man gegen die Beteiligung der Arbeiter kaum noch etwas einzuwenden. Der Arbeiter von heute nimmt eine ganz andere Stellung ein im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organismus und er spielt auch eine ganz andere Rolle als irgendein Arbeiter der Vergangenheit. Und diese Umwandlung ist nicht etwa einem glücklichen Zufalle zu danken oder gar dem Wohlwollen der Ober- und Mittelschichten, o nein, sie ist das ureigenste Werk der Arbeiterklasse selbst. Der Aufstieg des modernen Proletariats hat sich vollzogen gegen den Widerstand des Ausbeutertums aller Schattierungen, das im Bunde mit Staat und Kirche alles versucht und getan hat, um die Arbeiterklasse in Unterwürfigkeit und Knechtschaft zu erhalten. Es berührt geradezu lächerlich, wenn die kapitalistische Presse mit Befriedigung darauf hinweist, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben habe, weiß man doch, wie sehr dieser Aufstieg dem Ausbeutertum gegen den Strich geht. Das Proletariat kann mit berechtigtem Stolz sagen, daß es sich durch eigene Kraft und durch eigene Arbeit emporgerungen hat.

Was die proletarischen Organisationen leisten, können wir am deutlichsten erkennen, wenn wir in jene Gegenden blicken, wo es solche Organisationen noch nicht gibt. Dort, wo der Organisationsgedanke entweder gar nicht oder nur kümmerlich Wurzel gefaßt hat und wo infolgedessen die große Mehrzahl der Arbeiter noch unorganisiert ist, finden wir Rückständigkeit und Minderwertigkeit auf allen Gebieten: schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen, niedrige Lebenshaltung, Unbildung und moralischer Tiefstand, Knechtseligkeit, ein gedrücktes Auftreten, Hoffnungslosigkeit und Mangel an Selbstbewußtsein. Der Arbeiter ist nichts und gilt nichts und kein Mensch hat ihn auf der Rechnung. Er hat auch kein Vertrauen auf seine eigene Kraft, darum bettelt er um die Gnade seiner Herren und hofft auf die Hilfe von oben. Und dann schaue man in eine Stadt, wo es starke Arbeiterorganisationen gibt. Wie ganz anders steht der organisierte Arbeiter da! Jeder Kollege und jede Kollegin hat wohl schon Gelegenheit gehabt, diesen Unterschied kennen zu lernen. Ohne Übertreibung darf man behaupten, daß die proletarischen Organisationen ganz hervorragende Kulturarbeit geleistet haben und daß sie das Barometer bilden, das die Höhe oder den Tiefstand der Arbeiterschichten eines Landes anzeigt. Darum auch ist das Organisationsrecht das unantastbare Heiligtum der zum Klassenbewußtsein erweckten Proletarier.

Zum ersten Male in der Weltgeschichte beobachten wir die weittragende Tatsache, daß die proletarischen Volksschichten bewußt und planmäßig das soziale Gesetz der Organisation auf ihren Emanzipationskampf anwenden. Dieses wichtige Gesetz geht den Massen immer mehr in Fleisch und Blut über. Was sie früher nur instinktiv empfunden und nur dunkel geahnt haben, das steht heute klar und deutlich vor ihnen: daß man sich organisieren muß, wenn man etwas erreichen will. Und sie werden sich auch der Notwendigkeit bewußt, daß die Organisation Opfer fordert, daß der organisierte Arbeiter Solidarität üben und Disziplin im Leibe haben muß. Der einzelne muß sich dem Ganzen unterordnen und dem Genossen nebenordnen, er muß auf einen Teil seiner persönlichen Willensfreiheit verzichten, wenn dies der Zweck der Organisation erheischt. Freiwillige Unterordnung unter den Kollektivwillen — darin besteht das Wesen der gewerkschaftlichen Disziplin.

Grundsätze bei der Vergebung von Buchbinderarbeiten durch Arbeiterorganisationen und Parteibetriebe.

Verschiedene Vorkommnisse veranlassen uns, die Frage der Vergebung von Buchbinderarbeiten einer Besprechung zu unterziehen. Wir konnten nämlich die Beobachtung machen, daß die Vorstände von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, die Geschäftsleitungen von Parteibetrieben manchmal bei Vergebung von Buchbinderarbeiten ein bedenklches Maß von Sparsamkeit anwendeten: wer der Willigste war, hatte meistens die beste Aussicht, den Auftrag zu bekommen. Bei Buchdruckerarbeiten verfährt man in der Regel nicht so, da wird einfach der geforderte Preis gezahlt, den die Parteidrucker oder ein sonstiges Unternehmen fordert; zum mindesten beschreitet man sehr selten den Weg der Submission.

Woher kommt nun diese unterschiedliche Behandlung? Wahrscheinlich daher, daß man mit dem Buchdruckerarbeitsvertrag als etwas Allgemeingültiges rechnet, und die Buchdruckergehilfen es sich nicht gefallen lassen würden, wenn hauptsächlich solche Betriebe berücksichtigt würden, die bei knapper Erfüllung der tariflichen Bedingungen etwas billiger sein können als jene Betriebe, die lohnlos in dieser Richtung handeln. Noch viel weniger würden sich die Buchdrucker gefallen lassen, daß Buchdruckerarbeiten in Betrieben hergestellt würden, die der Tarifgemeinschaft nicht angehören. Geringer scheint man von den vielen Tarifen im Buchbindergewerbe keine richtige Kenntnis zu haben und außerdem anzunehmen, daß die Buchbinder so gemüthliche Leute sind, die nicht gleich lärm schlagen, wenn ihrer Ansicht nach den gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht in rechter Weise Rechnung getragen wird. Das letztere ist ja nun auch nicht so unrichtig, allein jede Langmut hat ihre Grenzen, und so gestatten wir uns im Interesse unserer Mitglieder sowie in Befolgung gewerkschaftlicher Grundsätze einige Worte der Kritik.

Zunächst zwei Beispiele:

Vor einigen Jahren mußten Mitglieder unseres Verbandes das zuständige Tarifschiedsgericht anrufen, weil — man höre und staune! — der betreffende Arbeitgeber beim Broschieren unseres eigenen Verhandlungsprotokolls nicht die tariflichen Bedingungen erfüllen wollte. Vor dem Schiedsgericht wurde ihm nachgewiesen, daß er im Unrecht war. Es ist schwer, keine Satire zu schreiben! Unser Verhandlungsprotokoll war daran unschuldig, denn er hatte Druck und Broschieren des Protokolls an eine Parteidruckeri mit Buchbinderei vergeben und hatte dabei nicht um einen billigen Preis geachtet.

Ein anderes Beispiel:

Aus jüngster Zeit wird uns mitgeteilt, daß ein Teil der Auflage des bekannten „Neue Welt-Kalender“ (Verlag Muer u. Co. in Hamburg) in Waldenburg in Sachsen hergestellt wird zu einem weit billigeren Preise, als es in tariflich geregelten Betrieben möglich sein würde. In Waldenburg besteht weder ein Tarif, noch hat unser Verband ein Mitglied dort. Man kann also ahnen, unter welchen „müßtergültigen Arbeitsbedingungen“ dort der „Neue Welt-Kalender“ hergestellt wird. Wahrscheinlich schuftet ein kleiner Meister mit Weib und Kind von morgens früh bis abends spät an demselben Kalender, der inhaltlich die Arbeiter anfeuernt, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Und um das erhebende Bild zu einem vollständigen zu machen, vergibt ausgerechnet ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, seines Zeichens Buchhändler in Chemnitz, die Arbeit nach Waldenburg.

Wir fragen mit Recht: Darf es sein, daß Theorie und Praxis so in Mißklang gebracht werden? Ist erst ein Zwischenhändler nötig, um die Arbeit weiter zu vergeben; widerspricht es nicht sowohl den Parteial als auch den Gewerkschaftsprinzipien, zu dulden, daß derartige Arbeiten in entlegenen Orten unter untariflichen Bedingungen hergestellt werden? Die Antwort kann nur ein glattes Nein sein!

Indem wir noch hinzusetzen, daß in allerletzter Zeit der Auftrag einer Gewerkschaft bald einer wenig empfehlenswerten, den bestehenden Tarif nur ungern beachtenden Firma übergeben worden wäre, wenn nicht der Zufall dies verhindert hätte, schließen wir damit vorläufig unsere Beispiele.

Wir fordern aber unsere Mitglieder auf, Obacht zu geben, ob unsere Tarifverträge von solchen Korporationen und Betrieben respektiert werden, die in allererster Linie dazu verpflichtet wären. Diese muß man eventuell auf etwaige Verstöße, die oftmals in Unkenntnis der Verhältnisse, nicht aus bösem Willen begangen werden, aufmerksam machen. Dem Verbandsvorstande wolle man gleichfalls immer entsprechende wahrheitsgemäße Mitteilungen von Vorkommnissen geschickter Art machen.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, erklären wir, daß es nicht unsere Absicht ist, bestimmte Firmen besonders für die Lieferung von Buchbinderarbeiten an Parteiorganisationen und -betriebe, an Gewerkschaften, Genossenschaften oder andere Korporationen zu empfehlen. Keineswegs! Sondern alle Firmen sind zur Konkurrenz zugelassen, die die tariflichen Bedingungen loyal erfüllen. Und an solchen ist kein Mangel, da der Buchbinderverband in den verschiedensten Städten 117 Tarife für 2074 Firmen mit 27794 Beschäftigten abgeschlossen hat, wovon allein auf die Buchbinderei 69 Tarife für 1605 Firmen mit 18782 Beschäftigten entfallen.

Wir vertreten auch durchaus nicht die Ansicht, daß die Arbeiterkorporationen unbedenken jeden geforderten Preis für ihre Arbeiten zu zahlen oder daß sie gar nicht auf die Leistungsfähigkeit oder Nichtleistungsfähigkeit der in Betracht kommenden Firmen Rücksicht zu nehmen hätten. Was wir verlangen ist nur, daß nicht die Willigkeit des Preises allein bei der Vergebung der Arbeiten maßgebend ist, sondern auch das, was nach den Prinzipien der Arbeiterbewegung als recht und billig angesehen werden muß, selbst wenn dadurch das Produkt etwas verteuert werden sollte.

Der Jahresbericht des „Christlichen“ Verbandes.

Die Zentrums-Gewerkschaft unseres Berufes unterbreitet „ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit“ einmal wieder ein Nachwerk, das zu dem bekannten Worte des Dr. Sigl: „Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“ den bündigsten Beweis liefert. Denn die alten, abgestandenen, längst widerlegten Lügen über unseren Verband, über die Vorgänge in Bonn, M.-Glabbach und Regensburg werden hier wiederholt. Mit keinem Worte wird aber der Tatsache Erwähnung getan, daß der ehemalige Vorsitzende des Christlichen Verbändchens und Redakteur der „Graphischen Stimmen“, — oder, wie es im Jargon der „Graph. Stimmen“ heißt: des zur Dienstleistung an der Zentrale bestellten Vennmanns, wegen Sabotage, d. h. weil er Seifenpulver in die zum Abreiben der Goldschnitte bestimmten Papierspäne schütten ließ, damit die Goldschnitte, welche Mitglieder unseres Verbandes anfertigten, mißlängen, zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, daß zwei weitere von ihm verführte „Christen“ zu 30 Mk. und einer zu 20 Mk. Strafe verurteilt wurden. Schnupftabak-Vennmanns wurde trotz dieses Schurkenstreichs von den „Graphischen Stimmen“ in Schutz genommen und ist jetzt noch Mitglied des Zentrums-Gewerksvereins für „Wahrheit, Freiheit und Recht“.

Obgleich sich die Verfasser alle Mühe gegeben haben, die Lage des Verbändchens als eine glänzende erscheinen zu lassen, gelingt ihnen das doch nicht im geringsten. Nur einen Zuwachs von 210 Mitgliedern gibt der Bericht selbst an, die aber keineswegs im Buchbindergewerbe oder in den graphischen Berufen, sondern in hinterwäldlerischen Gegenden bei armen, irrefeierten Papierfabrikarbeitern gewonnen worden sind. In der eigentlichen graphischen Industrie hat der sogenannte „Graphische Zentralverband“ nur in einzelnen Orten, wie in Regensburg, Freiburg i. B. und Donaauwörth einen nennenswerten Anhang, wo seine Ortsgruppen eine Art von schwarz-gelbem Werkverein gegen das Eindringen der freien Verbände bilden. Der „Graphische Zentralverband“ — schon der Name ist eine einzige Täuschung! — besitzt also keine Werkkraft unter den Arbeitern und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes. Damit die eigenen Mitglieder und die Öffentlichkeit keinen Einblick gewinnen, wieviel Mitglieder den einzelnen Branchen angehören, so vermeiden die Christlichen Jahresberichte ängstlich, im Gegensatz zu den Jahresberichten des Buchbinderverbandes, bezügliche Angaben zu machen, weil sonst die betrogenen Schäflein leicht erkennen könnten, wie ohnmächtig ihr Verbändchen ist. Bezeichnender-

weise wird daher auch nicht eine einzige Zahl aus der vom christlichen Verbands aufgenommenen Statistik veröffentlicht, obgleich sie „Gegenstand unserer besonderen Aufmerksamkeit war“, wie es im Bericht der Vorstand den sich sagt.

Noch trostloser sieht es mit der Finanzwirtschaft der Zentrums-gewerkschaft aus. Um ganze 3522,70 Mark — von 20 654,54 Mk. auf 24 177,30 Mk. — vermehrte sich innerhalb des Jahres 1911 das Verbandsvermögen, wovon sich aber nur 19 048,38 Mk. in der Hauptkassa befinden, während unser Buchbinderverband im gleichen Zeitraum sein Vermögen um 289 360,72 Mk. vermehrte und als Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1911 863 104,12 Mk. buchen konnte, wovon sich allein 577 519,59 Mk. in der Hauptkassa befanden.

Man denke nicht etwa, daß der geringe Ueber-schuß des christlichen Verbandes auf hohe Streikausgaben zurückzuführen sei: nur 6862 Mk. wurden an Streik- und Gemafregelunterstützung veraus-gabt. In sonstigen Ausgaben sind zu verzeichnen: Reise- und Arbeitslosenunterstützung 2515,80 Mk., Krankenunterstützung 6301,96 Mk., Sterbegeld 240 Mk., Umzugsunterstützung 388 Mk., Rechtsschutz 20 Mk., Sonstige Unterstütlungen 495,98 Mk. Diese eigentlichen Unterstütlungsausgaben machen insge-samt 16 823,89 Mk. aus; rechnen wir dazu noch die 3446,73 Mk. für das Verbandsorgan, so ergibt das eine Gesamtausgabe von 20 270,22 Mk. an die Mit-glieder für ihre geleisteten Beiträge. Dagegen ver-schlängen die Gehälter, Agitation, Verwaltungs-kosten inkl. Bureauante, Druckfachen usw. nicht weniger als 10 701 Mk., also über 50 Proz. der Aus-gaben für obige Unterstütlungen. Und im nächsten Jahre werden die Verwaltungskosten noch viel höhere sein, da ein zweiter Beamter ange stellt worden ist. Für wahr, eine teure Verwaltung! Beim Buchbinderverband machte die Quote für die nämlichen Ausgaben 1911 nur 24 Proz. aus.

Bemerkenswert ist das Anwachsen der Kranken-unterstützung von 2045 Mk. 1908, 2158 Mk. 1909, 3251 Mk. 1910 auf 6302 Mk. im Jahre 1911, wäh-rend die Reise- und Arbeitslosenunterstützung von 2917 Mk. 1908 auf 2516 Mk. 1911 sank. Was be-weisen diese Zahlen? — Daß die christlichen Mit-glieder zur Sehaftigkeit und Zufriedenheit mit den ihnen gebotenen Löhnen erzogen werden, obgleich letz-tere in den christlichen Domänen anerkannt niedrig sind; daß sie daher Arbeitslosenunterstützung nur sehr selten in Anspruch zu nehmen brauchen. Hin-gegen beweist das Anwachsen der Krankenunter-stütlung in Verbindung mit der geringen Zunahme des Verbandsvermögens, daß der christliche Verband bei einer ordentlichen Finanzwirtschaft und bei einer energischen Vertretung der wirtschaftlichen Inter-essen seiner Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern mit seinen jetzigen Mitgliederbeiträgen gar nicht auszukommen vermöchte.

Für die Mitglieder der Zentrums-gewerkschaft besteht daher die doppelte Gefahr: einmal, daß die ihnen versprochenen hohen Unterstütlungen auf die Dauer nicht ausbezahlt werden können, und daß zweitens ihre so verbesserungsbedürftigen Arbeits-bedingungen nicht aufgebessert werden können, weil ihr Verbändchen in weit absehbarer Zeit niemals die hierzu nötige Macht und finanzielle Leistungsfähig-keit erlangen wird.

Göcht wahrscheinlich sieht das ihr Verbands-vorstand auch selbst ein. Er ladet deswegen seine Mitglieder im Jahresbericht ein, an den „apologeti-schen und sozialen Kursen der konfessionellen Ver-eine (soll heißen der katholischen Arbeitervereine. D. Med.) teilzunehmen“, wo ihnen aus den Enghylliten der Päpste „die Unzulässigkeit der Streiks“, die „er-fahrungsgemäß Anlaß zu Gewalttätigkeiten und Un-ruhcn geben“ und „den Frieden im Staate stören“ — wie es in der Enghyllika „Necum nobarum“ heißt — nachgewiesen, wo ihnen eine Gefinnung einge-impft wird, die in den Trostspruch mündet:

Ja, ich bin zufrieden, geh' mir's, wie es geht!

Aus unserem Beruf.

Umfangreiche Entlassungen wegen Arbeitsmangels.

Die Elberfelder „Freie Presse“ vom 20. August konstatiert eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in Elberfeld in verschiedenen Gewerben. Sie schreibt unter anderem:

Wie die Arbeitslosigkeit immer größer wird, geht auch aus einer Notiz der heutigen Nummer des städtischen Amtsblattes hervor. Es heißt darin:

„Zu einer größeren Arbeiterentlassung sah sich die hiesige Firma Koch u. Palm, Zugspapierfabrik und Kunstankast, veranlaßt. Infolge schlechten Geschäftsganges wurde das gesamte Personal von rund 150 Per-sonen gekündigt; die ohne Kündigung eingestellten Hilfs-arbeiter und Arbeiterinnen wurden bereits entlassen. Die Firma hofft jedoch, die Kündigungen vor Ablauf der vierzehntägigen Frist zurücknehmen zu können.“

Wenn auch — gehofft wird, daß die Kündigung vor Ablauf der Frist zurückgenommen wird, so kann die Hoffnung sehr leicht zuschanden werden. Es wird immer gottvoller in unserer göttlichen Welt-ordnung. Wenn so schon die wirtschaftliche Krisis einsetzt, gepaart mit der exorbitanten Teuerung, dann wird ein Notstand um sich greifen, wie er noch nicht gekannt worden ist. Es ist dringend notwen-dig, daß Kommune und Staat alsbald Mittel und Wege ergreifen, um den schlimmsten Zuständen im Interesse des Volkswohls vorzubeugen.

Vergehen gegen das Kinderschutzesetz.

15 Mk. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis und einen Tag Haft verurteilte der noch unbestrafte 57 Jahre alte Buchbindermeister Friedrich Wilhelm Häufig aus Niederoderwih wegen Vergehens gegen das Kinderschutzesetz vom 30. März 1903. Häufig hatte in seinem Gewerbebetriebe einen noch nicht 12 Jahre alten Schulknaben und einen 13 Jahre alten Knaben länger als täglich 3 Stunden und eine Zeit-lung letzteren ohne Arbeitskarte mit Botengängen und leichten Werkstättarbeiten beschäftigt.

Verbandstag des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen.

Vom 10.—13. August tagte in Bremen der dies-jährige Verbandstag der Buchbinder-Innungen. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige, ebenso das mit der Tagung verbundene Festprogramm. Uns interessiert hauptsächlich der 6. Punkt der Tagesord-nung, der folgendermaßen angefaßt war:

6. Die Tarifverträge, ihre Bedeutung für Ar-beitgeber und Arbeitnehmer, sowie ihre Licht- und Schattenseiten. Berichterstatter: Dr. J. Herle, Berlin (Verfasser des Buches „Die Tarifgemein-schaften in der deutschen Buchbinderei“.) Mitber-richterstatter: Jean Voh, Düsseldorf.

Weide Berichterstatter begn. Referenten sind uns nicht unbekannt: Herrn Dr. Herles Buch über Tarif-gemeinschaften ist in jederzeit von uns in einer länge-ren Besprechung gewürdigt worden, während Herr Jean Voh langjähriges Mitglied unseres Verbandes war, der sich schon unter dem Sozialistengesetz die Sporen verdiente und noch im Jahre 1906 unser Unterstütlungsausgaber in Düsseldorf war. Später ist dann die Erläuterung sehr schnell über ihn gekom-men. Wir finden ihn in den letzten Jahren recht eifrig im Innungs-lager tätig; überall, wo eine Tagung der Innungsmeister stattfand, stoßen wir auch auf den Namen Jean Voh. Das soll ihm auch weiter nicht verdracht werden, allein etwas mehr Sach-kunde, etwas mehr Objektivität hätte man doch von einem langjährigen Gewerkschaftler erwarten können, als sie Herr Voh in seinem Korreferat offenbarte. Doch hören wir zunächst, was die beiden Referenten über Tarifverträge zu sagen hatten. Den Anfang machte Herr Dr. Herle, der folgendes ansprach:

Er wolle versuchen, in aller Kürze ein objektives Bild von dem Wert der Tarifverträge zu geben, wobei er selbst auf das Allgemeine und der Korreferent Herr Jean Voh auf das Spezielle eingehen werde. Bei den Tarifverträgen handelt es sich um eine Vereinbarung mit einem oder mehreren Unterneh-mern oder Arbeitern, deren Beachtung den Vertrags-parteien zur Pflicht gemacht wird. Beide Parteien einigen sich auf einen Vertrag, in dem die Bedin-gungen fixiert sind, unter denen Arbeiter angenom-men werden dürfen, und unter denen zu arbeiten sie verpflichtet sind. Durch diese Tarifverträge sind die einzelnen Punkte des Arbeitsverhältnisses genau geregelt. Man kann sich auch Tarifverträge vor-stellen ohne Regelung des Lohnes. Herr Dr. Herle besprach die Interessengensätze der beiden Kontra-hernten. Zunächst die Art der Entlohnung, Art der Arbeitszeit usw. Zeitlohn ist vorwiegend bei solchen Gewerben zu finden, bei denen die Arbeit eine rela-tiv gleichmäßige ist, Akkordlohn mehr dort, wo die Arbeiten sehr von einander abweichen und wo die Fertigkeit des Arbeiters sehr ins Gewicht fällt. In der Buchbinderei bestehen beide nebeneinander, doch wird in Großbetrieben mehr der Akkordlohn, in Klein-betrieben mehr der Zeitlohn bevorzugt. Interessant ist die Stellungnahme gegenüber den beiden Lohn-formen. Die Unternehmer bevorzugen zum gro-ßen Teil den Akkordlohn, weil er Aufsichtspersonal spart und dem Unternehmer die Ausnutzung der vollen Leistungsfähigkeit des Arbeiters gewährleistet.

Man kann heute noch nicht von einer prä-zisen Stellungnahme der Arbeiter-organisation zu diesen Fragen sprechen, wenn auch die allzu scharfe Opposition der 80er Jahre nicht mehr vorhanden ist. Auch im Arbeiterlager wisse man den Segen der Akkordentlohnung zu schätzen und der Widerstand schwinde immer mehr, besonders da, wo dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht zu-gestanden werde. Medner verliest einige Sätze aus einem Artikel Ado l f V r a u n s im „Vorwärts“ vom 1. Mai

1912: „Tarife und Klassenkampf“. Während es früher hieß, daß „Akkordarbeit“ ist ein Ausbeutungssystem, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann, und man mit allen Mitteln diese Art der Entlohnung zu bekämpfen versuche, finde sie doch nach und nach Zustimmung, zumal man einsehe, daß sie dem Arbeiter mehr Freiheit verschaffe und ihn der Aufsicht des Meisters entziehe. Auf die Schwierigkeiten der Fest-setzung kann Medner nicht eingehen. Wegen der Vielgestaltigkeit des Arbeitsprozesses und dort, wo viele Reparaturarbeiten vorkommen, ist die Aus-arbeitung eines Akkordtarifes nicht möglich.

Medner berührt auch den Dreifachtarif und sagt, daß dem Zeitlohn häufig keine entsprechende Gegen-leistung des Arbeiters gegenüberstehe. Die Mehr-zahl der Zeitlöhne sind Mindestlöhne. Für leistungsfähigere Arbeiter müßte natürlich mehr ge-zahlt werden. Der Mindestlohn ist in den einzelnen Gewerben sehr verschieden. Daß dieser Lohn sehr hoch sein kann, zeigt der Umstand, daß den Bier-fahrern Berlins ein Mindestlohn von 3000 Mk. garan-tiert ist, und sie noch durch Nebenberdienst und weit-gehendes Entgegenkommen der Arbeitgeber bei Mil-itärdienstleistungen Vergünstigungen haben.

In den kleineren Buchbindereien bezuzuge man noch immer Wochen- und Stundenlöhne. Man rich-tet sich aber auch nach Alter und Beschäftigungsbauer. Der Alterstarif will die Familienverhältnisse berück-sichtigen. Häufiger wird nach der Dauer der Berufs-tätigkeit gerechnet, und dies ist gerechter als das Ein-trittsdatum. Für gleiche Leistungen sollte gleiche Lohnzahlung erfolgen. Der Lohn für Spezialarbei-ten ist meistens besonders festgesetzt.

Eine Regelung bzw. Verkürzung der Ar-beitzeit ist immer wieder die Forderung der Arbeiter. Bei jeder neuen Tariffestsetzung koste dies neue Kämpfe. Aber auch die Unternehmer wissen, daß die allzulange Arbeitszeit für sie keinen Wert hat; erstens, weil der Arbeiter dann nicht so leistung-sfähig ist, und dann schon wegen des großen Auf-schlags zu dem Stundenlohn bei Ueberstunden. Die Arbeiter sollten aber nicht ins andere Extrem verfallen und aus rein agitatorischen Grün-den eine Verkürzung der Arbeitszeit for-dern, sondern nur, wenn es notwendig sei. Wie ge-sagt, der Unternehmer wird nicht auf übermäßig lange Arbeitszeit drängen, da bei der tariflichen Ver-teuerung der Ueberstunden ihm nichts zu verdienen übrig bleibe und keiner aus Vergnügen Ueberarbeit fordern werde. Ein gänzlich Verbot der Ueber-arbeit aber sei ein Umding.

Die Verbreitung der Tarifverträge in den ein-zelnen Gewerben ist sehr verschieden. Die technischen Eigentümlichkeiten in den verschiedenen Gewerben würden viel zu wenig berücksichtigt. Schematische Forderungen nach Tarifverträgen stellen auch links-stehende Sozialpolitiker. Auch innerhalb der Arbeit-geberschaft stehen sich hierüber die Meinungen noch diametral gegenüber. Und während es tatsächlich in einem Gewerbe erstrebenswert ist, Tarifverträge zu schaffen, besonders da, wo man starken Arbeiter-organisationen gegenüberstehe, müßten sie für andere Betriebe entschieden bekämpft werden.

Die früher vielfach zutage getretene offene Gegner-schaft gegen Tarifverträge durch die Arbeiter-schaft schmilzt immer mehr zusammen. In Arbeitgeber-kreisen aber gehen die Meinungen über Tarifverträge sehr auseinander. Viele meinen, die notwendige Bewegungsfreiheit werde gekemmt, eine Konkurrenz sei oft unmöglich und sie erlitten daher in den Tarif-verträgen einen großen Schaden und einen tiefen Eingriff in das Recht des Unternehmers. Aber selbst die „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt, eine technische Durchführung der Tarife sei oft unmöglich. — Auf die Vertragsmöglichkeit komme es nicht allein an, es müsse auch guter Wille vorhanden sein, sich den tariflichen Bedingungen zu unterwerfen.

Welche Gründe sind für den Abschluß von Tarif-verträgen bestimmend? Der Tarifvertrag kann ein eminentes Friedensmittel sein, sagen Sozialpolitiker, die den Fabrikabsolutismus durch ein konstitutionelles Fabrikssystem ersetzen wollen. Worte aber wie „ge-werbliche Friedensdokumente“, Mittel zur Lösung der sozialen Frage“ erwecken allzu hochgepaunte Erwartungen. Die günstige Wirkung der Tarifver-träge könne nicht in allen gewerblichen Betrieben ein-treten. Auch die Arbeiterführer waren jetzt vor einer Ueberhöhung der Tarifverträge; sie haben Förder-ndes und Hemmendes für die Gewerkschaftsbewegung. Oft bedeuten die Tarifverträge nur Etappen auf dem Wege zur gewerkschaftlichen Macht. Wenn aber die Unternehmer den Arbeitern nur ebenso geschlossen gegenüberständen wie diese ihnen, so würden sich die Schiffen schon mit weniger begnügen müssen, als sie vielfach fordern. Starke Organisationen auf bei-den Seiten gewährleisten in der Regel den Frieden für längere Zeit.

Ewigen Frieden können sie nicht bringen, sie sind nur innerhalb einer gewissen Frist „Waffen-

stiltände". Der Unternehmer kann innerhalb dieser Zeit sicherer kalkulieren. Freie Gewerkschaften können, wenn sie stark sind, durch Tarifverträge noch mehr gestärkt werden. Sehr oft wird aber bei diesen Verträgen keine Rücksicht genommen auf die schwachen Glieder stehenden Unternehmer. Beide Teile suchen die für sie günstigste Zeit auszunutzen. Der Arbeiter die Hochkonjunktur, der Unternehmer die flaute Zeit. Streikverhütende Wirkung haben zweifellos die Tarifverträge. Heftige wirtschaftliche Kämpfe gehen aber häufig den Tarifabschlüssen voraus. Die "Kreuzzeitung" allerdings spricht von einem ständigen Krieg durch die Tarife. Für die freien Gewerkschaften besonders sei die jährliche Neuaufstellung von Tarifen ein Vorteil, sie können den stetigen Kampf ohne große Gefahr führen. Dieser Ansicht könnte Nedner jedoch nicht beitreten.

Im Gegensatz zu früher verfolgen jetzt die Gewerkschaften die Taktik, in den verschiedenen Berufen die Tarifverträge verschoben ablaufen zu lassen, damit sie in der Lage sind, die im Kampfe Stehenden zu unterstützen, ohne die gesamten Gewerkschaften in Mitleidenhaft zu ziehen. Nur starken Unternehmerorganisationen wird es möglich sein, den Arbeitern in diesen Kämpfen mit Erfolg gegenüberzutreten. Auch müßten die Unternehmer mit allen Punkten der Verträge vertraut sein und sie nicht erst kurze Zeit vor ihrer Erneuerung durchlesen. — Sie könnten viel, viel, viel von den Gewerkschaften lernen, die ihre Erfolge nur ihren sorgfältigen Vorbereitungen verdanken. Es bleibt ihnen nichts übrig, als für straffe Arbeitgeberorganisationen zu sorgen.

So ungefähr Herr Dr. Herle. Der Korreferent Hof-Düsseldorf bemerkte, es bleibe ihm wenig zu sagen übrig. Die meisten Tarifverträge sind den Unternehmern recht unbekannt. Auch die taktischen Gründe müssen in Erwägung gezogen werden. Durch Ueberstürzung und Unkenntnis bei Abschluß von Tarifverträgen erleide der Meister oft großen Schaden. Auch den Arbeitgeber-Beisitzern in den Gewerbegerichten fehle oft Auffklärung. Darum seien sie auch so oft machtlos, wenn Tarife nicht innegehalten würden. Es haben sich hier große Mängel gezeigt. Die Gewerbegerichte verurteilen den Unternehmer, weil sie sich nach dem Tarif richten, auch wenn der verklagte Unternehmer ihn gar nicht anerkannt hat. Das sei eine ungerechte Beurteilung. Auch seien die Unternehmer machtlos gegen diese Auswüchse wegen der Unkenntnis der Arbeitgeber in diesen Dingen. Das müsse unbedingt anders werden. Auch die Arbeitgeberverbände seien nicht in der Lage, einen Druck auf die Verbandsvorstände auszuüben, da "diese Leute" nicht haßbar zu machen seien. Wenn man denke, man könne sich an den Vorstand halten, dann heiße es: "die Kommission"! Nedner erinnert an die Richtschnurbildung der Tarifabschlüsse bei den Buchdruckerhilfsarbeitern in Berlin, wo über den Kopf des Vorstandes hinweg beschlossen wurde. Wenn ein Arbeitgeber eine Tarifbestimmung bricht, dann wird er in der Öffentlichkeit heruntergerissen — jedesmal fällt er dabei rein! Das sind Auswüchse, die wir bekämpfen müssen und welche bei Tarifverträgen zu wenig beachtet werden.

Schwierig sei es, für Minimallohn Minimalarbeit zu fordern, obgleich oft die Gehilfen zu wenig leisten. Nedner verweist auf das "Drücksystem" der Arbeiter.

Ein wunder Punkt sei der Arbeitsnachweis. Diese lägen meistens in den Händen der Arbeiter. Die Meister lassen sich zu leicht überführen; oft aus purer Bequemlichkeit übersehen sie die für sie wichtige Seite der Tarife. Einige Werkstätten seien fortwährend gesperrt. Zwar nicht offiziell, aber durch ihre straffe Organisation seien die Arbeiter meistens in der Lage, die Sperre so zu handhaben, daß die Unternehmer nicht in der Lage sind, sie zu beweisen, wenn sie nicht sehr aufmerksam sind. Nedner berichtet, daß er eine Firma kenne, gegen die irgend etwas vorlag, und die keine Abnung hatte, weshalb sie fortwährend keine oder minderwertige Arbeiter bekam, bis ihr auf einmal ein Licht aufgesteckt wurde. Die Arbeitsnachweise müßten zum mindesten paritätisch sein. Auf die Auswüchse in diesen Einrichtungen müsse durchaus Obacht gegeben werden. Die Unternehmer müssen sich mehr Kenntnis der Tarifverträge verschaffen, damit sie nicht geschwöpft werden und sich gleich im Anfang wehren können. Freudig zu begrüßen sei die Klärung, die heute geschaffen, und nachdrücklich müsse auf den Wert eines strikten Zusammenhanges verwiesen werden. —

Herr Adam-Düsseldorf macht nochmals auf die Gleichgültigkeit aufmerksam, die viele Unternehmer durch die Unkenntnis der Verträge beweisen. Ihn freut, daß Herr Dr. Herle seit Herausgabe seines Buches: "Die Tarifgemeinschaften in der deutschen Buch-

binderei" so viel zugelernt habe, daß er auf der Seite der Unternehmer stehe. Das habe er früher nicht getan. Herr Schlaßy dankt den beiden Referenten. Der Vortrag des Herrn Dr. Herle werde im Verbandsblatt erscheinen. —

Ob Herr Dr. Herle das Wort des Herrn Adam besonders Freude gemacht hat: "daß er jetzt auf der Seite der Unternehmer stehe", vermögen wir nicht zu sagen. Bedauern würden wir es allerdings, wenn das Wahre wäre, um der Objektivität willen, deren Herr Dr. Herle sich in seinem Buche über die Tarifgemeinschaften befleißigte. Bedenklich erscheinen uns allerdings manche Äußerungen in seinem Vortrage. So, wenn er die Ausarbeitung eines Tarifs in manchen Gewerben für unmöglich erklärt. Dem können wir nicht zustimmen, weil schon die bisherige Praxis des Tarifvertragswesens einen solchen Reichtum von Anwendungsformen erzeugt hat, daß für jedes Gewerbe die passende Form gefunden werden kann. Gibt es doch Stunden-, Tage-, Wochen-, Garantie-, Vereinbarungs-, Lohn- bei schwierigen Arbeiten usw. Aus "rein agitatorischen Gründen" wird keine Gewerkschaft eine Verkürzung der Arbeitszeit fordern, sondern immer dabei den sozialen und volkswirtschaftlichen Nützlichkeitszweck im Auge haben. Gegen starke Unternehmerorganisationen haben wir übrigens gar nichts, wenn sie nicht bloß des scharfmacherischen Geistes voll sind, sondern auch dessen eingebend sind, daß gesetzliche Rechte der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage (§ 152 der Gewerbeordnung) dazu gegeben worden sind, daß sie angewandt werden, und nicht, um sie zu mißbrauchen, um sie gewaltam unterbinden zu wollen. Freilich ist es eine Frage, ob der Auf nach starken Arbeitgeberorganisationen dort auf dem Innungstage in Bremen einen Resonanzboden gefunden hat und finden konnte bei so viel Unklarheit, Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit, wie sie bei den Meistern herrschen, worüber in Bremen auch in beweglichen Worten geklagt wurde.

Nun zum sogenannten "Korreferat" des Herrn Jean Hof. Du liebe Zeit, was soll man zu diesem Sammelsurium von unzusammenhängenden, abgehandelten Verdächtigungen und un belegten Behauptungen über die bösen Gewerkschaften und deren Führer sagen? Wäre Herr Hof klug gewesen, dann hätte er geschwiegen, und er wäre ein Philosoph geblieben. Schien ihm doch anfangs seines Referats selbst diese Erkenntnis zu dämmern, indem er meinte, es bleibe ihm nicht mehr viel zu sagen übrig. Herr Hof scheint sich merkwürdige Rechts- und Moralbegriffe im Innungstage angewöhnt zu haben. Entzückt er sich doch darüber: "wenn ein Arbeitgeber eine Tarifbestimmung bricht, dann wird er in der Öffentlichkeit heruntergerissen und jedesmal fällt er dabei herein". — Das geschieht ihm gerade recht, daß er dabei hereinfällt oder meint Herr Hof, ein solcher Arbeitgeber müsse noch mit goldenen Diplomen für seinen Tarifbruch belohnt werden? Wenn die Herren Innungsmeister mit ihrem Tarif an alle Behörden heranzutreten und um dessen strenge Beachtung ersuchen, wenn Herr Stallmann auf dem Innungstage triumphierend verkündete, daß in Bayern ein Buchbindermeister überhaupt keine staatlichen Arbeiten bekomme, der nicht bei der Meisterorganisation sei, dann findet Herr Hof dies sicher ganz in der Ordnung, wenn aber Gewerbegerichte die Meister verpflichten, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern vereinbarte Tarife zu beachten, dann schlägt die moralische Entrüstung des Herrn Hof lichterloh empor, und er ruft zum Kampfe gegen solche "Auswüchse". Dies keisende Meisterlein geädert sich päpstlicher als der Papst. Sprach doch erst jüngst selbst der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der Daurat Ente, öffentlich das Wahre aus:

"Im allgemeinen gelten diejenigen, die sich dem Tarifvertrage nicht anschließen, als solche, die im trüben fischen wollen. Die allgemeine Erscheinung ist die: Solange Hochkonjunktur ist und die Arbeitskräfte gebraucht werden, solange halten auch solche Außenseiter die Tarifbestimmungen, da sind sie alle tariftreu, weil sie müssen; aber in dem Moment, wo die Konjunktur niedergeht, fangen solche Herren, die, um frei zu sein, dem Tarifvertrage sich nicht anschließen, an, billigere Arbeitskräfte zu bevorzugen, ich will gar nicht sagen: den Lohn zu drücken. Dies ist die allgemeine Erscheinung, und aus diesem Grunde müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dagegen kämpfen, daß Tarife, wenn sie von der großen Mehrheit beschlossen sind, von einer kleinen Minderheit nicht anerkannt werden."

Wo, Herr Hof, wird von den Arbeitern das sogenannte "Drücksystem" geübt? Wo werden "geheime Sperren" über Arbeitgeber verhängt? — Heraus mit dem Wort, wenn es wahr ist! Aber keine dunklen Verdächtigungen ohne Beweise aussprechen. Es will uns scheinen, als ob der kleine Jean gern ein großer Hans von Scharfmacher werden und als großer Tarifkennner angesehen werden möchte. Mit dem Häuspern und Spucken ist aber nichts getan. Besser wäre es jedenfalls für Herrn Hof, er ließe das Häuspern

und Spucken, das er den Scharfmachern abgelernt, sein und erinnere sich seiner früheren guten Vergangenheit, wo er mehr Einsicht in die sozialen Verhältnisse besaß. —

Vom Innungstage wäre sonst noch folgendes zu erwähnen:

Zu den Berichten der Bundesbevollmächtigten betonte Herr Hof, daß nicht viel Günstiges zu sagen sei. Vereine, die sich angegeschlossen hätten, blieben indifferent. Im nächsten Jahre, wo vier Tarife im Rheinland ablaufen, bedürfte man großer agitatorischer Mittel, um diese Indifferenten aufzurütteln. Die Gehilfen seien seit über einem Jahre schon sehr rührig. Auch die Meister müßten unbedingt tüchtig arbeiten. Wenn jemand seine Schuldigkeit getan hätte, müsse er sie in Zukunft noch mehr tun. Der Bund müsse Mittel zur Verfügung stellen, damit die Agitation noch eindringlicher werde. Herr Kallmann-Würzburg macht Mitteilung über den Stand der Organisation und über die geplante Werbearbeit. Aus den Ausführungen dieses Nedners und denen der folgenden klingt immer wieder durch, daß man eine viel intensivere Agitation treiben müsse, um für die kommenden Kämpfe gerüstet zu sein. Besonders verifiziert dies auch Herr Hof, "damit man nicht überzumpelt werde". Die Opferbereitschaft und Werbefreudigkeit der Arbeiterverbände wurde als vorbildlich hingestellt.

Lebhafte Klage wird geführt über die Herstellung von Buchbinderarbeiten in den Buchhäusern und Gefängnissen, denen zum Teil von den Behörden diese Arbeiten überwiesen würden. Von den Leitungen dieser Anstalten sei die Nichtigkeit dieser Beschwerden zum Teil bestritten, zum Teil sei die Sache als nicht so erheblich dargestellt worden. Hierbei wird bemerkt, daß nach dem Bekanntwerden der Unterschleife auf der Kieker W er st die Materialverwaltungen der preußischen Armee ihr Utensilmaterial den Gefängnissen überwiesen hätten, und daß diese Art der Beschäftigung sich behauptet habe.

Dem Schleuderwesen der Warenhäuser müsse energisch entgegengetreten werden, ebenfalls dem Handel gewisser Geistlichen mit Erbauungsschriften, Gesangbüchern, Postkarten usw. Nedner erinnert an seine Ueberführung des unerlaubten Handels des Pfarrers Ruhfer-Zürich, den er zur Strecke gebracht. Auch noch fünf andere Geistliche in Bayern seien unerlaubten Handels wegen auf seine Anzeige hin bestraft worden. Das Verhältnis zu den Behörden sei ein ideales. Man könne sogar mit den Herren Schreibern selbst reden, mit den Oberregierungsräten und Ministern erst recht, ohne im Staube sterben zu müssen.

Die Verteilung der staatlichen Arbeiten sei ein wunder Punkt. Der Bundestarif sei in Bayern allgemein anerkannt. Nedner schildert, wie die Verteilung der staatlichen Arbeiten in Würzburg vor sich geht. Die Geistlichkeit habe zugesagt, daß Konventionen nur von tariftreuen Firmen abgegeben würden. —

Faßt man den Gesamteindruck der Innungstagung zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Herren Innungsmeister rastlos bestrebt sind, die Hilfe des Staates und seiner Organe in Anspruch zu nehmen für die Erhaltung und "Rettung" des Handwerks. Aber: das Handwerk sind wir, die Meister, und nicht unsere Gefellen! Die mögen sehen, wo sie bleiben!

Jedoch werden sich die Herren Meister schon damit abzufinden haben, daß "ihre Gefellen" und deren Organisation, unser Buchbinderverband, ein kräftiges Wort in allen Fragen des Berufs mitzureden haben.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1911.

II.

Die Deutschen Gewerbevereine (Süß- und Dunder) haben infolge des Nichttritts des Vereins deutscher Kaufleute vom Verband deutscher Gewerbevereine einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten. Die Gesamtmitgliedszahl des Verbandes ging seit 1910 von 122 571 auf 107 743, also um 14 828 zurück. Von den 18 585 Mitgliedern des genannten Vereins verblieben dem Verband nur 100. Größere Organisationen von einiger Bedeutung sind nur die der Maschinenbauer- und Fabrikarbeiter, aber auch sie zählen noch nicht ein Zehntel der Mitglieder unserer entsprechenden Verbände.

Die Gesamtvermögen der Gewerbevereine betragen im Berichtsjahre 1 689 542 Mk., darunter 75 817 Mark Vermögen der Verbände- und Organkasse des Verbandes deutscher Gewerbevereine, die eigentlich nicht zu den Vermögen der Gewerbevereine gehören. Die Rechnungsnachweise des Verbandes deutscher Gewerbevereine umfassen auch die Einnahmen, Ausgaben und die Vermögensanteile der Rentens- und Sterbekassen der Gewerbevereine, die als Hilfskassen, welche teilweise sogar von der gesetzlichen Zwangs-

versicherung befreien, selbständige Organisationen sind und in einer Gewerkschaftsstatistik nichts zu suchen haben. Bei den Vermögensanteilen lassen sich die zu Unrecht hier angegebenen Summen ausschneiden. Bei den Einnahmen und Ausgaben ist dies nicht der Fall. Die Gesamteinnahmen infolge der Kranken- und Sterbefällen sind im Berichtsjahre auf 2 623 215 Mk. und die Gesamtausgaben auf 2 304 288 Mk. angegeben. Daß der Zentralrat des Verbandes der deutschen Gewerkschaften trotz der wiederholten Kritik dieser statistischen Ermittlungsmethoden, deren Ungültigkeit auch das Reichsstatistische Amt schon hervorgehoben hat, absolut nichts lernen will, das ist ja schließlich seine eigene Angelegenheit. Seinen Zweck, die Öffentlichkeit über die wirklichen Finanzverhältnisse der Gewerkschaften zu täuschen, wird er dadurch nicht erreichen, denn auf ernst zu nehmende Beobachter des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens kann eine solche Art der Rechnungslegung nur den übelsten Eindruck machen und sie ist geeignet, das Ansehen der Gewerkschaften selbst herabzusetzen.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichnen für das Berichtsjahr eine Zunahme ihrer Mitglieder von 295 129 auf 404 957. Das ist ein Mehr von 45 828. 27 152 Mitglieder sind weiblichen Geschlechts. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen 6 243 642 Mk. (im Vorjahr 5 490 994 Mk.), die Gesamtausgaben 5 299 781 Mk. (gegen 4 916 270 Mk. im Vorjahr) und die Vermögensbestände 7 082 942 Mk. (1910: 6 113 710 Mk.). Als neue Organisation ist dem christlichen Gesamtverband ein Verband mecklenburgischer Eisenbahner mit 987 Mitgliedern angeschlossen.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911, unter dem Eindruck des Konflikts mit der römischen Kirche geschrieben, sucht die Eignung der christlichen Gewerkschaften als eine wirtschaftliche und soziale, sowie staatliche Notwendigkeit zu erweisen, und zwar ganz besonders im Hinblick auf das Wachstum der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Wir meinen aber: besser kann die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften kaum begründet werden als durch diese Tatsachen. Seit 1899, dem Gründungsjahr des christlichen Gesamtverbandes, sind 350 000 christliche Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zusammengekommen. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der freien Gewerkschaftsmitglieder um 1 841 000 vermehrt, also um das 5 1/2fache des gesamten christlichen Mitgliederbestandes. Und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler ist von 1898 bis 1912 von 2 107 100 auf über 4 1/2 Millionen Stimmen, also auf das Doppelte, während die Wähler der Zentrumspartei nur von 1 752 000 auf 2 035 200 wuchsen, also noch nicht einmal um soviel, als die Zahl der christlich organisierten Arbeiter beträgt. Das ist in der Tat das vollständige Fiasco der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und man kann es den Merkmalen und politischen Gründern derselben von ihrem Standpunkte aus nicht verargen, wenn sie mit der Entwicklung der interprofessionellen Gewerkschaften so wenig zufrieden sind und zur Organisation der professionellen Arbeitervereine zurückkehren möchten.

Der christliche Gesamtverband klagt in seinem Rechenschaftsbericht über sozialdemokratische Monopolgelenke und heftigen Druck auf christlich organisierte Arbeiter, während der Verband der Gewerkschaften nicht nur den „Terror“ der freien, sondern auch den der christlichen Verbände für den geringen Zuwachs der Gewerkschaften verantwortlich macht.

Daß es keines besonderen Druckes der freien Gewerkschaften auf christlich oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bedarf, um diese zum Uebertreten in die freien Verbände zu bewegen, das erklärt sich nicht allein aus dem hochentwickelten Tarifvertragswesen der ersten, das den Arbeitern, die im Bereich solcher Verträge arbeiten, weit bessere Arbeitsbedingungen gewährleistet, sondern vor allem auch aus der großen Ueberlegenheit des gesamten Unterstützungswesens der freien Gewerkschaften. Im Jahre 1911 verausgabten für

	Mitglieder	insgesamt	pro Kopf
		Mk.	Mk.
Zentralverbände . . .	2 320 986	20 478 495	8,82
Gewerkschaften . . .	107 743	1 161 815	10,78
Christl. Gewerkschaften	340 957	1 243 847	3,65

Bei den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften enthalten diese Unterstützungsausgaben, wie wir schon an früherer Stelle ausführten, auch die von deren Kranken- und Begräbniskassen gezahlten Unterstützungen, die selbstverständlich in Abzug zu bringen sind. Für Kranken- und Sterbefälle verausgabten die Gewerkschaften im Berichtsjahre 855 831 Mk., also pro Kopf 7,94 Mk. Es verblieben an sonstigen Unterstützungen 805 484 Mk. oder 2,84 Mk. gegenüber 8,82 Mk. der Zentralverbände und 3,65 Mk. der christlichen Gewerkschaften. Uebrigens stehen auch

die Kranken- und Sterbeausgaben der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften-Kranken- und Begräbniskasse noch weit hinter denen gleichartiger freier Hilfskassen zurück, die im Durchschnitt der Jahre 1908-1910 für Kranken- und Sterbefälle pro Mitglied 12,69 Mk. aufwandten. Dabei sollen die obigen Ausgaben der Gewerkschaften noch Arzthonorare, Arzneien und Heilmittel, Heilanstaltspflege und Krankengelder für Angehörige umfassen, für die die freien Hilfskassen außer dem Krankengeld noch 9,88 Mk. pro Mitglied im Durchschnitt der Jahre 1908-1910 verausgabten.

Für Streikende und Gemafregelte verausgabten die

	Mitglieder	insgesamt	pro Kopf
		Mk.	Mk.
Zentralverbände . . .	2 320 986	18 198 847	7,84
Gewerkschaften . . .	107 743	352 584	3,09
Christl. Gewerkschaften	340 957	1 199 598	3,52

Die freien Gewerkschaften, die in allen Lohnbewegungen im Vorkampfe stehen, unterstützen also ihre Mitglieder weit nachhaltiger, weshalb diese in solchen Kämpfen auch einen besseren Rückhalt an ihrer Organisation finden. Aber auch bei Arbeitslosigkeit sind die Mitglieder der freien Gewerkschaften wirksamer geschützt als diejenigen der Gewerkschaften oder der Christlichen. Es verausgabten nämlich für Reise- und Arbeitslosenunterstützung die

	Mitgl.	insgef.	pro Kopf
		Mk.	Mk.
Zentralverbände . . .	2 318 797	7 368 975	3,18
Gewerkschaften . . .	92 963	220 646	2,37
Christl. Gewerkschaften	243 222	185 271	0,76

Und für örtliche Arbeitslosenunterstützung allein wurden aufgewendet in den

	Mitgl.	insgef.	pro Kopf
		Mk.	Mk.
Zentralverbänden . . .	1 922 070	6 340 544	3,30
Gewerkschaften . . .	92 783	200 637	2,16
Christl. Gewerkschaften	243 222*	185 271*	0,76*

* Einschl. Reiseunterstützung.

Angeichts solcher Vorzüge der freien Gewerkschaften, zu denen noch ihre notorische Ueberlegenheit bei der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzukommt, bedarf es wohl kaum eines besonderen „Terror“ oder anderer illoyaler Manipulationen, um andersorganisierte Arbeiter für erstere einzufangen. Das ganze Terrorgerede und -geschreibsel ist müßige Erfindung derjenigen, die sich die wirklichen Ursachen ihrer ungenügenden Fortschritte nicht eingestehen wollen. Der Zugang, den die Zentralverbände aus den Mitgliederfreien der Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften erhalten, erklärt sich vollkommen aus der begreiflichen Tatsache, daß die Uebertretenden froh sind, in Organisationen Aufnahme zu finden, in denen wirklich etwas für die Verbesserung der Lage der Arbeiter und für ihre Sicherung in allen Notfällen geleistet wird.

Die Mitgliederzahl der Unabhängigen Vereine hat sich von 253 020 im Jahre 1910 auf 272 517 im Jahre 1911 gehoben. Eine größere Bedeutung kommt neben der Polnischen Berufsvereinigung mit 67 988 Mitgliedern nur dem Berliner (früher Trierer) Eisenbahnergewerkschaftsverband mit 92 000 Mitgliedern, dem Bayerischen Post- und Telegraphenarbeiterverband mit 13 095 Mitgliedern und dem Allgemeinen Deutschen Musikerverband mit etwa 13 000 Mitgliedern, sowie dem Babischen Eisenbahnerverband mit 11 652 Mitgliedern zu. Der modernen Arbeiterbewegung etwas näher stehen der Süddeutsche Eisenbahnerverband mit 11 815 Mitgliedern und der Solinger Industriearbeiterverband mit 6040 Mitgliedern, sowie der Verband der Theater- und Kinoangestellten mit 400 Mitgliedern. Das „Reichsarbetsblatt“ gibt die Mitgliederzahl der „Unabhängigen Vereine“ auf 711 177 an. Es dürften da indes vielfach Vereine mitgezählt sein, denen gewerkschaftlicher Charakter völlig mangelt. Die der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angehörigen Vereine umfassen insgesamt nach eigener Angabe 7133 Mitglieder in 147 Ortsvereinen.

Die gesamte Gewerkschaftsbewegung zählte im Jahre 1911 also 3 042 203 Mitglieder und hatte eine Zunahme von 354 185 Mitgliedern. Ihre Gesamteinnahmen betragen, ausschließlich der „Unabhängigen Vereine“, 80 953 814 Mk., ihre Gesamtausgaben 67 629 149 Mk. und ihre Vermögensbestände 70 878 305 Mk. Eine Zunahme an Mitgliedern verzeichneten die Zentralverbände mit 303 688 = 15,05 Proz., sowie die christlichen Gewerkschaften mit 45 828 = 15,53 Proz., während die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften um 14 828 gleich 12,10 Proz. zurückgingen.

Im ganzen zeigt der Entwicklungsgang der Gewerkschaftsbewegung, daß der Zustrom der Arbeiter in die von wirtschaftlichen Organisationen der modernen Gewerkschaftsbewegung zufällt. Ihr starkes Wachstum von Jahr zu Jahr, das die geringe Zunahme

aller gegen sie ins Feld geführten Zerpfitterungsorganisationen weit hinter sich zurückläßt, beweist, daß in der deutschen Arbeiterklasse doch ein gesunder Reiz steckt. Die Arbeiterklasse läßt sich in der Verteidigung ihrer Rechte und Interessen nicht von dem einzig richtigen Wege ablenken, sondern sie kämpft in den Reihen der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die heute allein ernstlich für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen. Die Ausdehnung der Praxis der Tarifverträge wird zweifellos zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Organisationsformen führen, so daß in Zukunft der Arbeitgeberorganisation nur die eine deutsche Gewerkschaftsbewegung gegenübersteht wird. Daran werden alle heute noch betriebenen Arbeiterzerpfitterungsversuche und alle Bestrebungen, neue gesetzliche Hindernisse für die Gewerkschaften zu schaffen, nichts ändern können, denn die Gewerkschaftsbewegung ist die deutsche Arbeiterklasse selbst, ohne die Deutschlands Industrie und Gewerbe nicht bestehen können. „E.-B.“

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der 11. Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes fand in der Woche vom 4. bis 10. August in Dresden statt. Seit dem letzten Verbandstag vor zwei Jahren hat sich der Verband stark entwickelt, die zwei Berichtsjahre, 1910/11, sind Jahre steten Vormarschreitens. Am Jahreschluß 1909 zählte der Verband 141 024 Mitglieder; Ende 1911 scharten sich 189 443 Fabrikarbeiter um die Fahne des Verbandes. Die Zunahme beträgt also 48 419. Die Aufwärtsbewegung hielt auch im Frühjahr dieses Jahres an. Kurz nach Abschluß der Geschäftsperiode stieg die Mitgliederzahl auf 200 000. Und hätte der Verband nicht eine so starke Fluktuation, so wäre gar das dritte Hunderttausend schon erreicht. Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme von 8 514 379 Mk. und eine Ausgabe von 6 384 356 Mk. auf. Der Kassenbestand betrug am Schluß der Geschäftsperiode 2 160 023 Mk. gegenüber 1 472 776 Mk. am Ende der letzten Periode. Das Verbandsvermögen ist also um rund 770 000 Mk. gestiegen.

In der Debatte über den Geschäftsbericht erklärten die Delegierten ihr Einverständnis mit der Tätigkeit des Vorstandes.

Der wichtigste Beratungspunkt des Verbandstages war die Abgrenzung des Agitationsgebietes. Mit Ausnahme der Gemeinde- und Brauereiarbeiter standen bisher die deutschen Gewerkschaften auf dem Grundsatze der Berufs- und in weiterem Verfolg der Industrieverbände. Der Hamburger Gewerkschaftskongress hat auch in diesem Sinne beschlossen. Im Gegensatz zu dieser Haltung kam der Referent Schneider zu der Forderung der Betriebsorganisationen. Er legte eine Resolution vor, in der gesagt wird:

„Der Verdrängung des Berufsarbeiters durch den Industriearbeiter muß die Umwandlung der Berufsorganisationen in Industrieverbände folgen; die gewerkschaftliche Entwicklung muß zu großen, leistungsfähigen Industrieverbänden führen.“

Der Industrieverband ist nicht die einfache Fortentwicklung der Berufsorganisation, sondern bis zu einem gewissen Grade sogar ihr Gegensatz. In der Berufsorganisation vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer Vorbildung, ohne Rücksicht auf die Industrie, in der sie arbeiten — im Industrieverband vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer industriellen Tätigkeit ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung. Die Berufsorganisation kann mithin weder die Grundlage noch ein Teil des Industrieverbandes sein. Die natürliche Grundlage, die logische Einheit des Industrieverbandes bildet vielmehr die Zusammenfassung der Arbeiter eines Betriebes; die Betriebsorganisation muß die Grundlage der Industrieverbände bilden.

Wenn alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Beruf, in eine Organisation vereinigt, zu gegenseitiger Solidarität erzogen, zu gemeinsamem Handeln verpflichtet werden, wird es noch besser als seither gelingen, der wachsenden Macht des Kapitals Grenzen zu setzen, den Einfluß der Arbeiter zu mehren, dem kulturellen Aufstieg der Arbeiter die Wege zu ebnen.

Aus diesen Erwägungen heraus beauftragt der 11. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter seine Vertreter, auf den gewerkschaftlichen Konferenzen und Kongressen und bei Abschluß von Kartellverträgen im Sinne dieser Resolution zu wirken, insbesondere die Einführung der Betriebsorganisation im Verbandsgebiet — dessen Grenzen im Statut festgelegt sind — anzustreben.“

In der Debatte schlossen sich fast alle Neben den Ausführungen Schneiders an. Der Vertreter der Generalkommission, Rob. Schmidt, betonte, die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses lasse Betriebsorganisationen nicht zu, es werde in ihr klar gesagt, daß die Berufsorgani-

sation maßgebend sein soll. Der Verbandstag stimmte aber einstimmig der Resolution — die vorerst nur eine prinzipielle Erklärung und keine praktische Bedeutung haben soll — sowie den Vorschlägen der Statutenberatungskommission auf Erweiterung resp. Begrenzung des Agitationsgebietes zu.

Wenn das berichtigt werden soll, was die Resolution Schneider besagt, dann können wir nur gleich sämtliche Gewerkschaften zu einem allgemeinen Fabrikarbeiterverband verschmelzen. Denn wie anders soll sonst die Betriebsorganisation durchgeführt werden? Nehmen wir an, ein Buchbinder arbeitet heute bei Brockhaus in Leipzig, dann müßte er dem zu schaffenden Graphischen Verbands angehören. Nach einem Monat nimmt er Stellung bei Zeiß in Jena an, dann wäre wohl sein Beitritt in den Metallarbeiterverband notwendig. Darauf erblickt er eine Stelle in der Musterkartenabteilung der Elberfelder Farbenfabriken; nun heißt es: immer rein in den Fabrikarbeiterverband! Mit dem Wechsel sind natürlich auch die Veränderungen in den Unterstützungsvereinigungen verknüpft. Man sieht also, so leicht ist es nicht zu machen mit der Umfremplung in Betriebsorganisationen.

Bei Beratung der allgemeinen Anträge wurde ein früherer Beschluß des Verbandstages, wonach die wegen der Meißner Ausgesperrten Streikunterstützung erhalten, aufgehoben. Fast alle Neben wandten sich gegen die Meißner in ihrer jetzigen Form. — Der Verbandstag schuf dann noch eine Unterstützungs-kasse für sämtliche Verbandsfunktionäre bei Unfällen.

Korrespondenzen.
Gesperret sind:

Deutschland.

Annaberg-Buchholz (für Kartonnagenarbeiter und Buchbinder).

Schweiz:

Neuenburg (Firma Delachaux u. Rieflé).

Hainichen. Die hiesigen Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen stehen in der Lohnbewegung. Zugang ist fernzubalden.

Hannau a. M. Vor Arbeitsannahme in der Buchbinderbranche erkundigte man sich beim örtlichen Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen.

Solingen und Zeitz. Vor Arbeitsannahme erkundigte man sich beim örtlichen Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen.

Belgrad (Serbien). In der Firma Maricits und Janakobits sind Differenzen ausgebrochen. Vor Arbeitsannahme ist beim Vorstand des Belgrader Buchbindervereins Erkundigung einzuziehen. Es handelt sich vornehmlich um Liniierer.

Annaberg-Buchholz-Schma. Zum Streit der dortigen Augustkartonnagenarbeiter wird uns geschrieben: In der ergebnislosen und Fabrikantenpresse wird, wie nicht anders zu erwarten, der Streit so dargestellt, als wenn die Arbeiterchaft aus reiner Lust zum Streiken die Arbeit eingestellt hätte. Es wird behauptet, die Arbeitgeber hätten sich zu weitgehenden Zugeständnissen bereit erklärt. Die strittige Frage bestehe mit den Affordarbeitern. Wir setzen nun für diese die „weitgehendsten Zugeständnisse“ der Fabrikanten aus?

1. Die aufbesserungsbedürftigsten Afforde werden nach Verständigung erhöht.
2. Die bestehenden Afforde, die den Lohnverhältnissen entsprechen, bleiben bestehen.
3. Neue Afforde werden den jetzigen Löhnen entsprechend kalkuliert.
4. Bereits vorliegende Aufträge sind bis ultimo 1912 zu den bisherigen Affordfähigen auszuführen.

In der letzten Verhandlung wurde noch das „Zugeständnis“ gemacht: Die Affordpreise für die in den nächsten vier Wochen in Bestellung gegebenen Muster sollten durch einzelne Kommissionen mit den Chefs festgelegt werden.

Auf diese gar nichts besagenden Versprechungen hin, denn weiter sind es nichts, sollten sich die Arbeiter zu einem Vertrag von vier Jahren verpflichten. Jeder Raie wird beim Lesen dieser „Zugeständnisse“ mit uns der Meinung sein, daß auf einer solchen unsicheren Basis kein Vertrag abgeschlossen werden kann. Ein Zugeständnis kann man allenfalls nur im ersten Satz erblicken, und zwar dann,

wenn eine vollständige Revision der Affordlisten vorgenommen wird. Das meinen aber die Herren damit nicht, sondern sie wollen nur die „aufbesserungsbedürftigsten Afforde“ aufbessern — und solche dürfte es nach Meinung der Fabrikanten nur wenige geben —, wenn wir uns einlassen wollten, auf dieser Grundlage die Arbeit aufzunehmen bezw. einen Vertrag einzugehen. Nun muß zugegeben werden, daß die zu bearbeitende Affordpreisliste eine größere Arbeit bedeutet. Aber wie man die Karte nicht im Sack kauft, so auch hier. Man will eben vorher festgestellt wissen, wie in einer vierjährigen Vertragszeit sich die Affordlöhne gestalten sollen. Wir hatten, weil wir uns der Schwierigkeiten bewußt waren, welche die Ausarbeitung der Affordpreislisten verursacht und weil wir diese einseitig zu bearbeiten gar nicht in der Lage waren, einen Prozentsatzschlag auf den verdienten Lohn gefordert. Wenn wir 25 Proz. vorgegeben hatten und die Prinzipale in der Presse erklären, daß diese Forderung wohl einzig in der Arbeiterbewegung dastehe, so haben diese vergessen hinzuzusetzen, daß die Mehrzahl der „Affordlöhne“ sich zwischen 14 bis 20 M. bewegt, also unsere Forderung durchaus nicht sich in Formen bewegt, die unerfüllbar wären oder — wie die Fabrikanten heuchlerisch bekanntgeben —, daß diese Forderungen den wirtschaftlichen Ruin herbeiführen würden. Wir haben den Vorschlag gemacht, die Herren sollen uns die Affordpreislisten mit den seither gezahlten und den zu bewilligenden Preisen zustellen, damit wir merkstabenweise Berechnungen anstellen können. Auf dieser Grundlage wäre eine Verständigung möglich. An den Fabrikanten wird es nun liegen, ob sie ethisch gewillt sind, den bisher weit unter den Lohnarbeitern unseres Berufes stehenden Affordarbeitern wirkliche Zugeständnisse zu machen. Mit leeren Nebensätzen geben sich eben diesmal die immer stiefmütterlich behandelten Affordarbeiter nicht zufrieden.

Eine ebenso schiefje Darstellung wird über die Zahl der am Streik Beteiligten gegenüber den noch in Arbeitstehenden versucht. Es wird gesagt, etwa ein Drittel der Beschäftigten sei nur am Streik beteiligt. Genau so, wie wir die „hohen Löhne“ auf ihren wahren Wert zurückzuweisen in der Lage waren, so muß auch hier festgestellt werden, daß die Fabrikanten Verursacher mit hineinbeziehen, die mit der Luxuskartonnagenfabrikation gar nichts zu tun haben. Wenn die Fabrikanten der Wahrheit die Ehre geben wollten, müßten sie berichten, daß die Mehrzahl der Betriebe mit 95 Proz. der Beschäftigten am Streik beteiligt ist.

Mischerleben. Endlich beginnt es auch hier zu tagen! Die Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen wurden bisher mit außerordentlich niedrigen Löhnen abgepeitscht und die fortschreitende Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel weckte auch bei ihnen die Erkenntnis, daß es so nicht weiter gehen könne, daß vielmehr durch eine Erhöhung der Löhne ein einigermaßen genügender Ausgleich für jene Verteuerung gefunden werden müsse. Die Beitritte zu unserem Verbands wurden zahlreicher und der Wunsch nach Einleitung einer Lohnbewegung immer lauter. Ein Einleitungsantrag an dem die Kollegen Kloth-Berlin und Kohnacker-Hannover mitgewirkt, ist ausgearbeitet und wird vielleicht noch in dieser Woche dem Arbeitgeber unterbreitet werden. In Betracht kommen drei Fabriken, die etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen und 1000 Heimarbeiterinnen beschäftigen. Ueber den Verlauf der Lohnbewegung werden wir die Kollegenchaft unterrichten.

Erlangen. Am 8. September feiert die Zahlstelle Erlangen ihr 25jähriges Bestehen. Aus diesem Grunde sei es uns gestattet, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Zahlstelle zu werfen. Am 8. Oktober 1887 wurde von 24 Kollegen der Fach- und Unterstützungsverein der Buchbinder, Portefeuille-, Etuis- und Kartonnagenarbeiter gegründet. Die Aufnahmegebühr betrug 50 Pf. und der Wochenbeitrag wurde auf 15 Pf. festgesetzt. Die durchreisenden Kollegen erhielten 40 Pf. Geschenk. Als Herberg- und Versammlungsort wurde nach Hin- und Hersuchen das „Goldene Schiff“ bestimmt. Daß der Solidaritätsgedanke schon damals unter den Kollegen festen Fuß faßte, beweist der Fall, daß von der Vereinseinfasse bereits im Januar 1888 12 M. an die streikenden Kollegen nach Leipzig abgefandert wurden.

Schon im Jahre 1889 machten sich die Vorläufer einer Bewegung bemerkbar. Die erste öffentliche Versammlung, welche im „Alten-Schießhaus“-Saale stattfand und die sich mit der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit beschäftigte, wurde von dem anwesenden Polizeioffizianten aufgelöst. Referent in dieser Versammlung war Kollege Hunger aus Fürth. Viele Teilnehmer an dieser Versammlung wurden hierauf gemahnt. Am 30. November 1889 wurde beschloffen, dem Verbands beizutreten. Der Beitritt erfolgte jedoch erst am 1. April 1891. Daß die Prinzipale dem Fachverein nicht wohlwollend gegenüberstehen, zeigt die Tatsache, daß 1892 der Vorsitzende Hebenstreit wegen Aufbebung der Arbeiter gemah-

regelt wurde. Am 15. April 1893 wurde den Fachverein aufgelöst und in eine Zahlstelle umgewandelt. Als Vorsitzender wurde Kollege Hafnerrichter gewählt. Der Mitgliederbestand betrug 27 Mitglieder. Am 1. September 1894 schloß sich die Zahlstelle dem Gewerkschaftsblatt an. Im August 1895 fand die erste Bewegung bei der Firma Zuder statt, die aber resultatlos verlief. Die Mitgliederzahl war auf 49 gestiegen. Auf dem Verbandstage in Halle (1897) war die Zahlstelle durch den Kollegen Zöllner aus Fürth vertreten. 1899 waren bereits 88 Mitglieder vorhanden, und zwar 65 männliche und 23 weibliche. Da 1900 die Gewerkschaftsbibliothek gegründet wurde, so verfiel unsere Bibliothek der Auflösung und die vorhandenen Bücher wurden der Gewerkschaftsbibliothek übermitteln. Auf dem Verbandstage 1900 in Berlin war die Zahlstelle durch den Kollegen Krüster (Erlangen) vertreten. Im Jahre 1900 wurde auch in eine allgemeine Tarifbewegung eingetreten, die mit einem Tarifabschluß endigte. Die Mitgliederzahl betrug 116. Die Prinzipale zogen aus dieser Bewegung die Lehre und organisierten sich ebenfalls. Nun wurde gegen die Organisation scharf vorgegangen. Die erste rettende Rat war, daß sie einen Mas schufen, der da lautete:

„Löst ein Arbeiter oder eine Arbeiterin, welche bei einem der Vereinigung angehörenden Prinzipal beschäftigt war, sein Arbeitsverhältnis, so darf kein anderer Unternehmer dieselben unter sechs Monaten wieder einstellen.“

Die weitere Taktik der Unternehmer bestand darin, die Vorsitzenden der Zahlstelle zu mahregeln. Als erster kam der Kollege Krüster an die Reihe, weil sie in ihm den Treiber der Bewegung von 1900 erblickten. Daß die Arbeiter nicht wartend wurden, beweist, daß die Zahlstelle 1903 264 Mitglieder zu verzeichnen hatte, und zwar 140 weibliche und 124 männliche.

Im Jahre 1903 fand bei der Firma Feldmann ein Abwechselfreie betreffs Abschaffung der Affordarbeit statt, der volle neun Wochen dauerte, aber verloren ging. Nun hatten die Unternehmer wieder Fahrwasser bekommen, und die Vertrauensleute der Zahlstelle hatten dies am ersten zu verpfeifen. Die Kollegen Feske, Häßlinger und Ehrbacher mußten der Reihe nach den Staub Erlangens von ihren Pantoffeln schütteln. Da sich kein Kollege mehr als Vorsitzender hergab, war man gezwungen, einen anderen Gewerkschaftsangehörigen als Vorsitzenden zu nehmen. Die Wahl fiel auf den Genossen Leopold. Das Jahr 1906 war für Erlangen ein verhängnisvolles. Die gesamte Kollegenchaft trat in den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Streit wurde nach langer Dauer vollständig verloren. Das Fazit des Streikes war, daß über hundert Kollegen nicht mehr eingestellt wurden. Dann kam noch die unsaubere Manipulation vom Zahlstellenkassierer hinzu. Da gab es kein Halten mehr, und die Zahlstelle war nahe daran, aufgegeben zu werden. Um aber den Unternehmern diese Freude zu verderben, fanden sich die Kollegen Drechsler und Wöttinger bereit, die Geschäfte des Verbandes zu besorgen. Nun hieß es also wieder von ganz vorne anfangen. Die Zahlstelle hatte jetzt eine schwere Krise durchzumachen, sie mußte alles aufbieten, um die Kollegen und Kolleginnen aus ihrer gefährlichen Interessenlosigkeit aufzurütteln; um dies zu erreichen, war man gezwungen, die Hilfe des Gewerkschaftsblatts anzurufen. Es dauerte volle fünf Jahre, bis das Jahr 1906 überwunden war. Um den Unternehmern zu beweisen, daß die Zahlstelle noch aktionsfähig ist, wurde im Juni 1911 wiederum in eine allgemeine Tarifbewegung eingetreten. Sie endigte damit, daß die Organisation als Vertragspartei anerkannt wurde. Es wurde ein fünf Jahre dauernder Tarif abgeschlossen. Das 1906 durch schwere Opfer nicht erreicht wurde, das gelang 1911 ohne Kampf. Hoffentlich arbeiten die Kollegen und agitierten in einer Weise, daß in den fünf Friedensjahren die Organisation so ausgebaut wird, damit den Unternehmern ein „Wiz hierher und nicht weiter“ geboten wird.

Hatte auch die Zahlstelle in den verfloffenen 25 Jahren schwere Stürme und Erschütterungen durchgemacht, so muß doch gesagt werden, daß sie sich durch alle Schicksalschläge nicht hat abhalten lassen, ihre ganze Kraft für die Forderungen der Kollegen und Kolleginnen einzusetzen. Heute ist die Zahlstelle eine Macht geworden, die die Unternehmer zwingt, ihr Achtung entgegenzubringen.

Zum Schluß soll noch einiger Kollegen gedacht werden, die volle 25 Jahre der Organisation als treue Mitglieder angehören, und zwar der Kollegen N. Gary, E. Hafnerrichter und W. Wotack. Sie haben dem Fachverein Treue gelobt und sie haben sie auch gehalten, und so sollen die drei Kollegen uns ein Vorbild sein, ebenso treu und fest zur Organisation zu stehen, wie sie es getan haben und noch tun. Dies sei unser Gedanke, wenn wir am 8. September unser Best feiern.

Zwenkau. Am 9. August fand hier eine schwach besuchte christliche Versammlung mit anschließendem Teekränzchen statt. Ein Herr Dathe sprach über „Heimarbeiterrinnen und christliche Gewerkschaften“. Er hielt sich aber weniger an sein Thema, sondern „vermöbelte“ die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, was ihm nicht schlecht vorbeigeht. Welchem Berufe Herr Dathe angehört, ist unbekannt; nach seiner Rede zu urteilen, muß er ein sehr bedeutender Kollgärtner sein. Den wenigen Arbeiterinnen, die anwesend waren, wurde es daher ganz seierlich bei dem Koffel des Herrn Dathe zumute. Vielleicht war es daher nicht bloß als Wohltätigkeit der anwesenden bürgerlichen Damen, sondern als wohltätiges Gegenmittel zu betrachten, wenn sie den Arbeiterinnen Kamillentee spendierten.

Unsere Kollegin Thiel-Weipitz diente dem Herrn Dathe mit einer Widerlegung seiner Windbeutelereien, die er sich nicht hinter den Spiegel gesteckt haben würde.

Hier zeigt sich einmal wieder der wahre Charakter unserer Gewerkschaftsschriften. Raun haben wir in Zwenkau Fuß gefaßt und in beträchtlicher Zahl die Heimarbeiterrinnen organisiert, flugs kommt so ein christlicher Agitator und sucht sie wieder zu friedeln und unternehmertum zu machen, wofür Herr Dathe wohl etwas mehr als eine Tasse Tee bekommen wird. Des Dankes der Unternehmer und ihrer Frauen, die sich sonst nicht um die bezahlten Heimarbeiterrinnen gekümmert haben, kann er, trotz seiner schwachen Leistungen, sicher sein.

Zimmerlin heißt es Obacht geben auf die „christlichen“ Klopfflechter innerhalb und außerhalb Zwenkaus, damit sie den Samen der Organisation nicht zertreten.

Leipzig. In der am 19. August stattgefundenen Generalversammlung wurde, nachdem der im letzten Vierteljahr verstorbene Kollege und Kolleginnen in der üblichen Weise gedacht worden war, zunächst der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben. Zinke verweist auf den Bericht in den „Mitteilungen“, hebt aber hervor, daß die Zahlstelle mit einem Bestande von 4461 Mitgliedern abgeschlossen habe. Es sei demnach ein Verlust zu verzeichnen, der, obwohl er nach Lage der Verhältnisse begreiflich erscheine, Veranlassung sein müsse, mit doppelter Energie in die Agitation einzutreten, um den Verlust wettzumachen. Für das laufende Quartal sei eine umfangreiche Hausagitation ins Auge gefaßt worden, doch seien bisher noch verhältnismäßig wenig Adressen unorganisirter Gehilfen und Arbeiterinnen eingegangen, weshalb man sich bemühen möge, das Versäumte recht bald nachzuholen. Des weiteren sei er gezwungen, darauf zu verweisen, daß sich die Firma E. A. Enders einem am 9. Juli ergangenen Taxifischgerichts Urteil nicht gefügt, sondern eine nochmalige Verhandlung beantragt habe, weil kein Vertreter der Firma erschienen sei. Er, Zinke, habe sich aber trotzdem einer nochmaligen Verhandlung nicht widersetzt, müsse es jedoch ablehnen, die Verantwortung dafür zu tragen, wenn der Firma in etwaigen weiteren solchen Fällen größere Angelegenheiten entstehen. (Die Streitfrage ist am 21. August endgültig im Sinne des Urteils vom 9. Juli erledigt worden.) Des weiteren sei es notwendig, einen in Nr. 34 der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltenen Bericht aus Wittenberg richtigzustellen. Dort werde den Leipziger Funktionären der Vorwurf gemacht, arbeitslose Kollegen nach einem Wittenberger „Musterbetrieb“ vermittelt zu haben. Demgegenüber sei darauf zu verweisen, daß allen arbeitsfindenden Kollegen noch jederzeit empfohlen, ja sogar zur Pflicht gemacht worden sei, vor Arbeitsannahme in einem fremden Orte bei dem örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung einzuziehen, übrigens sei auch in den „Mitteilungen“ mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden. Zum Schluß ersucht Redner um nachträgliche Genehmigung der anlässlich der in Leipzig tagenden Konferenzen der Kartonnagen- und Stützarbeiter entstandenen Kosten und bittet um weitere tätige Mitarbeit der Kollegen und Kolleginnen.

Aus dem Kassenbericht ist hervorzuheben, daß die Verbandskasse eine Einnahme von 26 918,85 Mk., die Lokalkasse eine solche von 8571,47 Mk. und die Fachvereinskasse von 4218,35 Mk. hatte. An die Verbandskasse konnten infolge der starken Inanspruchnahme der Unterstützungsanstaltungen nur 6765,— Mk. abgeliefert werden. Die Lokalkasse enthält ein verfügbares Vermögen von 64 137,98 Mk. und die Fachvereinskasse ein solches von 46 721,88 Mk.

In der Diskussion wendet sich Höber gegen die Gepflogenheit, in ruhiger Geschäftszeit lieber auszugehen und die Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, statt Veranlassung zu nehmen, dahin zu wirken, daß die tägliche Arbeitszeit faal- oder solomnenweise verkürzt werde. Zum Teil geben sogar die Werksführer dem Personal den Rat, sich bei schlechtem Geschäftsgang arbeitslos zu melden. Es komme aber auch vor, daß Gehilfen dem Werksführer auf die Spur helfen und sich freiwillig zum Aussehen anbieten. Ein solches Verfahren sei entschieden zu verurteilen, es bedeute eine Schädigung des Verbandes. Zinke stellt fest, daß die Verwaltung streng nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts und des Handbuchs verfahren und etwaigen Mißbräuchen schon seit langem einen Niegel vorgeschoben habe, es könne aber durch moralische Einwirkung der Kollegenhaft noch manches zur Besserung beigetragen werden. Thalheim bringt verschiedene Wünsche lokaler Natur zum Vortrag und rügt insbesondere, daß die Firma Enders zu glimpflich behandelt worden sei.

Die Ausgaben für die Konferenzen wurden gegen eine Stimme genehmigt.

Krempel befragt einen Antrag, zur Finanzierung des Volkshauses einen weiteren Beitrag von 50 Pf. bzw. 25 Pf. pro Mitglied beizutragen. Derselbe werde erforderlich durch die Verlegung der Herberge nach einem in der Braustraße angekauften Grundstück, das entsprechend ausgebaut werden müsse. Der Anteil der Zahlstelle am Volkshaus erhöhe sich damit um 1733,75 Mk. und betrage dann insgesamt 13 021,25 Mk. Diejem Antrag wird entsprochen, jedoch von einigen Kollegen die Ansicht vertreten, daß es der Geschäftsleitung des Volkshauses möglich sein müsse, die notwendigen Gelder aus dem Betriebe herauszuwirtschaften.

Ein weiterer Antrag, die Aufnahme einer Statistik betreffend, findet gleichfalls einstimmige Zustimmung.

Eine infolge Ablebens des Kollegen Zipperer notwendig gewordene Ersatzwahl zum Verbandsausschuß ergibt die Wahl des Kollegen Hejche. Darauf erfolgt Schluß der wenig befriedigend besuchten Versammlung.

Hamburg-Altona. In der Generalversammlung vom 20. August wurde unser so plötzlich verstorbener Ausschuhvorstehender Otto Zipperer vor Eintritt in die Tagesordnung in üblicher Weise geehrt. Gerzoffe Krause hielt sodann einen instruktiven Vortrag über „Die Presse“. Der Redner schilderte die Entstehung der Presse von den ersten Anfängen heraus bis zur heutigen Großmachtsstellung derselben. Ueber den Vortrag fand eine rege Debatte statt, welche ebenso wie die Ausführungen des Referenten in dem Schluß gipfelte, daß es unbedingte Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters sei, die Parteipresse zu lesen und zu unterstützen. — Sodann erstattete Auhleber den Geschäftsbericht vom zweiten Quartal. Außergewöhnliche Vorkommnisse sind nicht zu verzeichnen. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in der üblichen Weise. Der Versammlungsbesuch war in letzter Zeit ein sehr schlechter, doch ist zu hoffen, daß nach Eintritt der kühleren Jahreszeit auch das Interesse der Mitglieder für die Verbandsangelegenheiten ein regeres werde. Nach dem vorliegenden Kassenbericht schließt die Verbandskasse mit einer Einnahme von 6493,95 Mk. und einer Ausgabe von 2893,95 Mk. ab. 3600 Mk. sind an die Verbandskasse eingegangen. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 2115,50 Mk., die Ausgabe 1793,85 Mk. Der Bestand der Lokalkasse ist 6683,52 Mk. In der Debatte wurde über das bei der Pfingstbampfer tour entstandene Defizit von 359,96 Mk. Klage geführt. Schuld daran trägt das Verhalten vieler Mitglieder, die es nicht für nötig halten, die Veranstaltungen des Verbandes zu besuchen. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dies in Zukunft besser werde. Ferner berichtete von der letzten Kartellversammlung. Unter Verschiedenes machte der Vorstehende auf eine Anfang September stattfindende Versammlung der Verbände der Buchbinder, Stein drucker und Hilfsarbeiter aufmerksam, in welcher ein Vortrag über die einzurichtende Volksfürsorge gehalten werden soll. Er ersucht, für einen guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Am Sonntag, den 8. September, findet ein Ausflug nach Perburg zur Besichtigung des dort neu eröffneten Volksparkes statt; rege Beteiligung der Mitglieder ist erwünscht. Moriz ersucht alle Freunde des Schachspiels, sich dem Buchbinder-Schachklub anzuschließen.

Berlin. Die ordentliche Generalversammlung der Zahlstelle fand am 21. August statt. In üblicher Weise war den Mitgliedern durch das „Mitteilungsblatt“ der Geschäftsbericht vorher unterbreitet, der kein erfreuliches Bild zeigt. Von allen Branchen wird über schlechten Geschäftsgang geklagt und ist vornehmlich auf diesen auch die außerordentlich hohe Zahl der Restanten zurückzuführen, die an 1400 be-

trägt. Wenn auch — wie Würzberger in der Versammlung erläuternd hervorhob — ein großer Prozentsatz derselben seine Beiträge nachbezahlt, so ist dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar. Sehr zu bedauern sei die schwache Beteiligung unserer großen Zahl beschäftigter Mitglieder als Hauskassierer. Ist ihre Entschädigung auch keine große, so schüßt sie sie doch wenigstens vor Inkosten. Es ergeht daher nochmals an alle Kolleginnen und Kollegen die dringende Bitte; sich als Hauskassierer beim Bureau melden zu wollen.

Die Debatte über den Geschäftsbericht brachte nur unwesentliche Momente zur Sprache. — Als Nebenreden wurden für die ausscheidenden Kollegen Zahn und Bergmann ersterer wiedergewählt und Kollege Edmund Vogt neugewählt. Zum Schluß wies Würzberger darauf hin, daß für den Winter drei größere Vorträge in Aussicht genommen sind und als erster der Genosse Rauzenbrecher über: „Das religiöse Moment im Sozialismus“ sprechen soll.

Solingen. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich bei der Firma Tückmantel u. Co., Kartonnagenfabrik und Buchbinderei. Ein 15jähriger Lehrling war damit beschäftigt, den Betrieb zu fegen, die Maschinen waren bereits abgestellt. Als der Junge hinter der Transmission lehrte, machte sich ein anderer Lehrling an der Kreisfuge zu schaffen und setzte dieselbe in Betrieb. Der an der Transmission fegende Lehrling geriet in dieselbe und wurde schwer verletzt. Der Daumen der rechten Hand wurde ihm vollständig aus der Hand herausgerissen, außer einem Armbruch erlitt er noch andere Verletzungen. Die Kleider waren ihm vom Leibe heruntergerissen. Der bedauernswerte Junge mußte sofort dem Krankenhaus zugeführt werden.

Ob hier die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen vorhanden waren, entzieht sich unserer Kenntnis.

Rundschau.

Die Ruhrbergarbeiter zum Massenunglück auf „Lothringen“. In 10 Versammlungen, die am 18. August in Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Lünen, Hörde, Kattrop, Obermargloh, Redlinghausen und Aufschuppen stattfanden, nahmen die Ruhrbergarbeiter des Ruhrgebietes Stellung zu dem neuesten Massenunglück. Die Versammlungen waren insgesamt von 15 000 Bergarbeitern besucht. Das Verhalten der Grubenverwaltung wurde einer strengen Kritik unterzogen.

In allen Versammlungen wurden die Forderungen nach größerem Bergarbeiterschutz und nach verbesserter Grubenkontrolle zum Ausdruck gebracht. Nachfolgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Das furchtbare Grubenunglück auf Zechen „Lothringen“, dem wieder weit über hundert Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind, hat aufs neue die Ungültigkeit des Bergarbeiterschutzes bewiesen. Es hat gezeigt, daß die Sicherheitsmänner außerstande sind, einen wirklichen Bergarbeiterschutz herbeizuführen. Die Behandlung, welche die Verwaltung der Zechen „Lothringen“ den auf dieser Zechen beschäftigten oder beschäftigt gewordenen organisierten Sicherheitsmännern hat angedeihen lassen, die fortgesetzten Schikanen und Bedrückungen, die diese haben erdulden müssen, sowie die Beseitigung mehrerer Sicherheitsmänner beweisen, daß das Sicherheitsmännersystem nur „weiße Salbe“ ist.“

Und so, wie es auf „Lothringen“ ist und war, ist es auf den meisten Zechen. Überall werden aufrechte Sicherheitsmänner schikaniert und bedrückt, um die den Grubenverwaltungen unbedingten Maßregeln los zu werden. Das Blutmeer im Bergbau wird solange weiter steigen, bis von den Unternehmern unabhängige Arbeitergrubenkontrollen eingeführt sind. — Die heutige Bergarbeiterversammlung fordert daher die Staatsregierung auf, schleunigst einen Gesetzentwurf dem Parlament vorzulegen, durch welchen die seit langer Zeit von den meisten Bergarbeitern erhobene Forderung nach Einführung von Grubenkontrollen, die von den Arbeitern mittels geheimer und direkter Wahl aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate besoldet werden, erfüllt wird.

Sollte sich auch jetzt die Staatsregierung weigern, diese Forderung zu erfüllen, so muß ihr die Schuld an etwa folgenden Massenunglücken und massenhaften Einzelunglücken im Bergbau beigegeben werden.“

Die bürgerliche Zeitungen berichten, soll die Grubenverwaltung „Lothringen“ beschloffen haben, gegen die Referenten der Bergarbeiterversammlung Strafantrag wegen Verleumdung und Verleumdung zu stellen. Besonders das Referat des Genossen Köppler in der Bochumer Versammlung soll den Anlaß zum Strafantrag geben.

Zimmer wieder Unternehmerterrorismus. Die Leipziger Fleischerinnung, die den Arbeitsnachweis für das Fleischergewerbe in Leipzig in der Hand hat, legt nach einem Innungsbeschluss den arbeitssuchenden Fleischergesellen folgendes Schriftstück zur Unterschrift vor:

„Bei Annahme des umstehend näher bezeichneten Arbeitsverhältnisses erklärt der Geselle ausdrücklich, daß er nicht Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands ist, wie er sich auch weiterhin verpflichtet, diesem Verband nicht beizutreten. Sollte die vorgenannte Erklärung nicht auf Wahrheit beruhen oder sollte der Geselle entgegen vorstehender Verpflichtung diesem Verbands noch beitreten, so ist der Meister verpflichtet, den Gesellen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ohne jede Entschädigung sofort zu entlassen.“

Die Innungshäuptlinge scheinen der Meinung zu sein, daß für sie die Geselle nicht mehr bestehen.

Die Wirkung der Konkurrenzklause. Seit längerer Zeit schwebt in Mannheim ein Prozeß, den der Deutsche Werkmeisterverband (Düsseldorfer) für eines seiner Mitglieder führt. Dieses, ein Werkmeister, wurde ohne Gehaltsnachzahlung entlassen und war monatelang arbeitslos. Der Mann hatte nämlich einen Vertrag eingegangen, nach dem er innerhalb zweier Jahre nach seinem Dienstaustritt bei verschiedenen namhaft gemachten Firmen und in einem Umkreis von 100 Kilometern überhaupt in kein Arbeitsverhältnis eintreten darf. Als Konventionalstrafe waren 3000 M. festgesetzt.

Als die Not zu groß ward — der Mann hat eine große Familie zu ernähren — nahm er in Mannheim-Neckarau eine Stellung an. Während nun die Firma (Maschinenfabrik Gebr. Neuling) innerhalb 14 Tagen vom Landgericht eine Verfügung erwirkte, daß der Werkmeister sofort aus seiner Stellung auszuschneiden habe, andernfalls eine Haftstrafe von 6 Tagen und für jeden weiteren Uebertretungsfall wieder eine solche von 6 Tagen ausgesprochen wird, konnte daselbe Gericht in dreiwertel Jahr auf den Einspruch des Werkmeisters keine Entscheidung fällen. Infolgedessen arbeitete der Werkmeister ruhig weiter, bis er nun am 14. August in Haft genommen wurde.

In einer stark besuchten Versammlung des Werkmeister-Bezirksvereins wurde Protest gegen das Vorgehen des Landgerichts erhoben und die Forderung auf Errichtung von Sondergerichten für Techniker und Werkmeister aufgestellt.

Es wird die höchste Zeit, daß der etwas verinsicherte und unternehmerfremde „Düsseldorfer“ Werkmeisterverband auf gewerkschaftlichem Wege seine Mitglieder vor derartigen Drangsalierungen zu schützen sich bestreift.

Keine Gewerkschaftsbank in Deutschland, sondern in England. Der „Vorwärts“ berichtet seine in voriger Nummer von uns gebrachte betreffende Notiz, indem er anführt, daß sich dieselbe auf England und nicht auf Deutschland bezogen habe. Versehentlich sei leider der Name des Landes fortgelassen worden.

Reberse gegen die Koalitionsfreiheit sind ungültig. Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde in der Reichstagskommission durch die Kommissionsmitglieder und die Regierungsvertreter ausdrücklich anerkannt, daß Verträge, welche die Koalitionsfreiheit beschränken, gegen die guten Sitten verstößen. Der Kommissionsbericht bezeichnet das als „zweifellos“. Dieselbe Ansicht kam im Reichstagsplenum zum Ausdruck. Es sind demnach mündliche oder schriftliche Abreden, bestimmten politischen oder gewerkschaftlichen Vereinigungen nicht anzugehören oder aus denselben auszutreten oder sich für den Uebertretungsfall einer Konventionalstrafe zu unterwerfen, unzulässig. Troßdem sind dieser klaren Rechtslage gegenüber oft von Gerichten Reberse zu Unrecht für gültig erachtet worden, die die Koalitionsfreiheit aufheben. Um so erfreulicher ist es, daß sich erst am 1. August wieder das Berliner Gewerbegericht auf den dem Gesetz entsprechenden Standpunkt gestellt und einen derartigen Reberz für ungültig erklärt hat.

Am 20. Juni waren die Kutscher und Mitfahrer der Berliner Paketsahrtgesellschaft in den Streit getreten, weil die Direktion fünf Vertrauensleute wegen ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband gemahregelt hatte. Durch das Eingreifen der Leitung des Transportarbeiterverbandes wurde der Kampf an demselben Tage wieder abgebrochen, nachdem die Direktion erklärt hatte, daß die Entlassenen wieder eingestellt werden sollten. Dieses Versprechen wurde aber von der Direktion nicht gehalten. Es wurden im Gegenteil noch andere Angestellte entlassen, sofern sie sich weigerten, aus der Organisation wieder auszutreten. Ein Kutscher L. wurde ohne Einhaltung der dreitägigen Kündigungsfrist entlassen. Er klagte deshalb kürzlich vor dem Gewerbegericht den Lohn für die drei Tage ein. Die Beklagte erklärte, der Kläger sei wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation entlassen worden. Durch Unterschrift eines Reberzes habe der Kläger sich verpflichtet, dem Deutschen Transportarbeiterverband nicht anzugehören. Gegen diesen Reberz habe der Kläger verstoßen. Auch habe der Kläger eine Quittung unterschrieben, wonach er keinerlei Ansprüche mehr gegen die Beklagte habe. Der Kläger gab das Letztere zu, behauptete aber, in seiner Verwirrung nicht darauf geachtet zu haben, was er beim Abgang unterschrieb.

Die Kammer 7 unter Vorsitz des Magistratsassessors Dreher fällt folgendes Urteil: Ein derartiger Reberz, wie ihn die Direktion der Paketsahrtgesellschaft ihren Angestellten zur Unterschrift vorlegt und damit die Koalitionsfreiheit einschränkt, entspricht nicht den heute herrschenden Verkehrsanschauungen und verstößt daher gegen die guten Sitten. Nach Lage der Sache könne das Gericht der Klage aber nicht stattgeben, da der Kläger durch die Ausgleichsquittung auf seine Ansprüche gegen die Beklagte verzichtet habe. Der Einwand des Klägers, nicht gewußt zu haben, was er unterschrieb, verdiene in vorliegendem Falle keine Beachtung.

Terrorismus der katholischen Arbeitervereine. Bekanntlich üben die christlichen Gewerkschaften einen starken Druck auf ihre Mitglieder aus, sich den katholischen Arbeitervereinen anzuschließen. Welch ein Zwang wiederum in diesen ausgeübt wird, um die Mitglieder nur zum Abonnement auf katholische, d. i. Zentrumsblätter, zu veranlassen, dafür bildet die nachfolgende Postkarte, die uns ein Kollege im Original einfenkt, einen vollgültigen Beleg.

B. B.
Laut Beschluß des letzten Delegiertentages ist es den Mitgliedern der kath. Knappen- und Arbeitervereine bei Strafe des Ausschlusses aus dem Verein verboten, andere als kath. Zeitungen und Zeitschriften zu halten. Da Sie nun trotz mehrmaliger Verwarnung eine nichtkatholische Zeitung halten, ist der Vorstand gezwungen, Sie aus dem Verein auszuschließen. Beschwerde hiergegen können Sie beim Präses erheben.
Duisburg-W., 24. 7. 12.

Der Vorstand.
J. A.:
Unser Kollege bemerkt dazu: „Diese Postkarte dürfte wohl besonders unsere Kollegen in Rheinland-Westfalen interessieren, da dieselben ebenfalls sehr unter dem Terrorismus genannter Vereine zu leiden haben. Wie man also wieder einmal aus Vorliegendem erfieht, passen die Klageklieber über terroristische Uebergriffe besser auf katholische Arbeitervereine als auf die freien Gewerkschaften.“
Sehr richtig! Man beachte übrigens: der Gewissenszwang der von den christlichen Gewerkschaften protegierten katholischen Arbeitervereine richtet sich nicht nur gegen die sozialdemokratische, sondern gegen die ganze nichtkatholische Presse. Und trotzdem nennen sich die M.-Gladbacher Gewerkschaftsdrucken parteipolitisch neutral. Psui über diese Heuchelei!

Fahrgelder einer Ehefrau zu ihrer entfernten Arbeitsstätte sind nach einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 9. Dezember 1911 nicht steuerpflichtig. Sie sind vielmehr als abzugsfähige Werbungskosten zu betrachten, da nach gesetzlicher Vorschrift der Ehemann allein über die Wohnung bestimmt und die Ehefrau gezwungen ist, beim Mann zu wohnen.

Adressenänderungen.

Oertliche Bevollmächtigte.

Verford. i. B. A. Friederichs, Wltagestr. 56 I. I. Kaiserslautern. J. Himstedt, Altenwoogstr. 18 I. Rüstingen-Wilhelmshaven. R. Bohl, Rüstingen II, Kirchreihe 27 pt.

Unterstützungs-Anszähler.

Rüstingen-Wilhelmshaven. G. Klute, Rüstingen I, Börsestr. 21 II.

Zentralarbeitsnachweis für Etuisarbeiter.

Die Adresse des Arbeitsnachweises und der Zentralkommission lautet bis auf weiteres: A. Kulikowski, Neudöln, Kaiser-Friedrichstr. 77 IV.

Briefkasten.

E. G. in G. Inserat kostet 2 M.

ANZEIGEN

Zahlstelle Freiburg i. B.

Am 24. August verschied nach langem, schwerem Leiden unser werter Kollege u. Unterstützungsauszahler

Alb. Kleiser

im Alter von 26 Jahren. Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Unsern lieben Kollegen Albert Schöttig und Fräulein Braut zur Verlobung die besten Glückwünsche. Zahlstelle Sildesheim.

Etuis-Fabrik

mit Skartonnagen, für Anfänger geeignet, sehr preiswert. Adressen O. R. S. 44 Rud. Mosse, Berlin, Frankfurter Str. 31.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Erlangen.

Samstag, den 7. September, abds. 8 Uhr, im Vereinslokal

Kommers.

Sonntag, den 8. September, im Kolosseumsaale

25. Gründungs-fest

bestehend in Konzert, Gesang, Theater und Tanz.

Saaleröffnung 5 Uhr. Eintritt frei. Beginn 6 Uhr.

Zu diesem Jubiläumssieste laden wir unsere Kollegen und Kolleginnen freundschaftl. ein. Ferner ergeht an die Mitglieder der Zahlstellen des Gaus 16 freundschaftliche Einladung. Die Ortsverwaltung.

Tüchtiger Etuisarbeiter

auf Etalagen und Wjouterie-Etuis für dauernd gesucht nach Frankfurt a. M. Dff. unt. E. C. 82 an die Exp. dies. Ztg.

Verkaufe m. s. 25 Jahren best. Präge-

u. Verguldeanstalt an tücht. Preßberg-golber u. gümt. Beding. Gest. Aufz. unt. „Griffen“, Leipzig, Postamt 3, Lagernd.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.